

Zehn Jahre ohne Jean Jaurès

Von Victor Schijf

Selten hat der Begriff der Unersetzbarkeit eines Verlustes so tiefe, so wahre, so allgemeine und so dauernde Bedeutung gehabt wie bei Jean Jaurès. Der Verlust, der durch die Mörderkugel des Raoul Villain am 31. August 1914 verursacht wurde, betraf nicht nur seine eigenen Parteigenossen — wenn auch selbstverständlich sie am allerschlimmsten —, nicht nur die Arbeiterklasse seines Landes, nicht nur sein ganzes Volk, sondern er war für den ganzen internationalen Sozialismus und für die Menschheit überhaupt eine Katastrophe. Das Kriterium für die Größe dieses Unglücks — und zugleich für die Größe dieses Mannes — liegt gerade in der Tatsache, daß wir Jaurès seit zehn Jahren stets vermißt haben und immer erneut vermissen. In den kritischen Stunden, die die nachträglichen Zuckungen des Weltkrieges nur allzuoft den beiden Völkern Frankreichs und Deutschlands bereitet haben, hätten besonders wir Sozialisten beider Länder einer Stimme bedurft, die mit unbestrittener Autorität jene Parole ausgegeben hätte, die zugleich für uns alle ein Evangelium der Wahrheit, des Rechtes und der Menschlichkeit gewesen wäre. Zu dieser Rolle des Apostels und des Führers wäre keiner so geeignet gewesen wie Jaurès. Besonders schmerzlich ist dabei der Gedanke, daß Jaurès zweifellos auch heute noch geistig und physisch mit kaum verminderter Stärke und Frische seine Führeraufgaben erfüllen könnte, da ihn noch nicht fünfundfünfzigjährig die Revolverkugel niederstreckte.

Wenn wir in dem Tod von Jaurès am Vorabend des Kriegsausbruchs eine besondere Tragik empfinden, so nicht allein, weil die Zerstörung eines der wunderbarsten Gehirne aller Zeiten durch das stumpfsinnige Bleigeschoß eines minderwertigen Mörders untrennbar für uns verknüpft ist mit dem gleichen Schicksal, das mehrere Millionen Menschen nach ihm und mit ihm teilten; nicht allein, weil er gerade von dem Geschick ereilt wurde, das er durch einen rastlosen und unerschrockenen zwanzigjährigen Kampf von seinen Mitmenschen abwenden wollte; sondern auch, weil sein Opfertod durch Kausalität und Chronologie zum blutigen Symbol aller Märtyrer des Krieges wurde und blieb. Und besonders in diesen Gedenktagen der zehnten Wiederkehr des Weltunheils sehen wir im Geiste die endlose Schlange der Gefallenen

eines vierjährigen Völkermordens in grauer Nacht schreitend; und an ihrer Spitze, die Arme hoch, das Haupt zurückgeworfen, wie einst im Paroxysmus seiner rhetorischen Ekstasen, anklagend und mahnend zugleich, marschiert der erste, der größte, der unersetzlichste Tote des Weltkrieges: Jean Jaurès!

Und darüber hinaus quält uns oft ein unheimlicher Gedanke, dessen Naivität wir empfinden und den wir trotzdem nicht ganz verjagen können: Wer weiß, ob nicht gerade das, was kein Mensch in dem damaligen Stadium der Entwicklung mehr vermochte, das Rad der Geschichte in letzter Stunde aufzuhalten und zurückzuwerfen, wer weiß, ob nicht gerade er dieses Wunder vollbracht haben würde, wenn er noch vierundzwanzig, achtundvierzig Stunden gelebt hätte? Es zeugt nur von einer Art Wunderglauben an diesen Menschen, daß man sich überhaupt bei diesem Gedanken aufhält, gegen dessen Ernsthaftigkeit alles spricht. Aber dieser Mensch war eben wunderbar in der Fähigkeit, die Entwicklung der Dinge vor den andern zu durchschauen und mit fast übernatürlicher Kraft zu durchkreuzen.

Jedenfalls war sein Tod in den Augen von Millionen gleichbedeutend mit dem Signal eines nunmehr unaufhaltsamen Verhängnisses.

Die Abgötterung, die aus diesen Zeilen spricht, war und ist heute noch Gemeingut aller französischen Sozialisten. Sie mit Worten zu begründen, ist schwer. Man muß aber Jaurès gehört, gesehen, erlebt haben, und sei es nur ein einziges Mal, um sie zu begreifen. Wem es aber gegönnt war, dieses Erlebnis viele Jahre hindurch zu genießen, der kann eben nicht anders, als die bei uns Sozialisten so verpönte Sünde des Personenkults zu begreifen. Wozu der aussichtslose Versuch, diese übermenschliche Erscheinung mit Worten zu schildern, die doch immer nur weit hinter der grandiosen Wahrheit zurückbleiben müßten? Er war der größte Redner aller Zeiten, und wenn er sprach, war man dieser Welt entrückt. Und wenn man, nach zehn, fünfzehn Jahren, sich im Geiste in einen Augenblick zurückversetzt, als man seinen Worten lauschte, da empfindet man am eigenen Leibe das erhabene Wunder der Weltentrückung immer von neuem und in derselben Stärke wie einst. Man sieht diesen wuchtigen Körper sich majestätisch auf- und abbewegen, man sieht diesen Prophetenkopf mit flammenden Augen und glühenden Wangen, man hört diese donnernde Stimme, deren Kraft allein schon ein Naturrätsel war und die selbst in den Augenblicken titanischer Erhabenheit und Gewalt die singend-melodiösen Klänge der besonnenen südfranzösischen Mundart bewahrte. Und man wird noch nachträglich von dieser unerschöpflichen Fülle majestätischer Gedanken erdrückt, in denen sich tiefste Weisheit und feinsten Witz harmonisch paarten zu einem untrennbaren, formvollendeten Ganzen.

Er sprach immer frei. Einst sah ich, wie er, während irgendein Minister redete, dem er erwidern wollte, sich zum Wort meldete und auf einen Zettel Notizen niederschrieb. Ich konnte von der Pressetribüne der Kammer herab mit einem Fernglas diese Notizen lesen — denn er hatte eine merkwürdig kindische, unbeholfene Schrift mit zentimeterlangen Buchstaben. Seine „Notizen“ bestanden aus drei nackten Stichworten. Und als er ans Rednerpult getreten war, redete er 2½ Stunden lang. Den Zettel aber hatte er schon nach den ersten Worten zerknudelt und weggeworfen. Aber um die drei Stichworte baute sich eine der ergreifendsten, gedankenreichsten und logischsten Reden, die er jemals gehalten!

In diesen letzten zehn Jahren ist immer wieder die Frage aufgeworfen worden, wie sich Jaurès zu den großen Fragen gestellt haben würde, die die Menschheit überhaupt und namentlich die Arbeiterbewegung aufgerüttelt haben. Worüber immer innerhalb des französischen Sozialismus gestritten wurde, stets versuchte man in allen Lagern den Nachweis zu führen, daß Jaurès die eigene Auffassung vertreten hätte. Auch das ist ein Beweis der überragenden, orakelhaften Autorität, die dieser Mann selbst nach seinem Tode genoß.

Es ist freilich nicht allzu schwer, aus der ungeheuren geistigen Hinterlassenschaft von Jaurès so ziemlich alles zu beweisen, was man jeweils braucht. So erging es allen Großen der Erde vor ihm. Und es ist dabei mit ihm sicherlich viel Mißbrauch getrieben worden. Am meisten ist natürlich um die Frage gerungen worden, wie sich Jaurès zu den Problemen der Kriegspolitik gestellt hätte. Auf der einen Seite steht die Tatsache, daß er das Unrecht der plebiszitlosen Annexion von Elsaß-Lothringen, wie alle Franzosen, niemals völlig überwunden hatte, obwohl er als Mensch und Pazifist den Gedanken eines Völkergemetzels zur Korrektur dieses Unrechts entschieden verwarf; auf der andern Seite steht es ebenso fest, daß er die tragische Lage des überbevölkerten, eingeeengten, fast kolonielosen Deutschlands wie kein anderer begriff und mit staunenswerter Objektivität vor einer tobenden Kammer entwickelte (Agadir-Rede vom 17. Dezember 1911). In der Verurteilung des Geistes und der Methoden des wilhelminischen Deutschlands blieb er hinter niemandem zurück, aber sein Fluch traf mit nicht geringerer Wucht das zaristische Rußland und die widernatürliche Bündnispolitik zwischen der französischen Demokratie und dem östlichen Absolutismus. Er war ein überzeugter Pazifist, entwarf aber zugleich (oder vielleicht gerade deshalb) in seinem Meisterwerk „Die neue Armee“ gerade jene militärischen und strategischen Thesen, die die Schlagkraft des französischen Heeres auf das Höchstmaß heben und die sich übrigens im Weltkriege selbst als die einzig richtigen — entgegen den Dogmen der berufsmäßigen Generalstäbler — erweisen sollten. Zur Schuldfrage selbst können

wohl seine Äußerungen auf der Tagung des Internationalen Büros in Brüssel am 29. August 1914, in denen er sich für die friedliche Gesinnung der Regierung Viviani verbürgte, angeführt werden, aber auch die Tags zuvor bei Lyon gehaltene Rede, in der er alle Regierungen ohne Unterschied der Schuld an dem drohenden Unheil zieh. Vor allem aber wird eins seiner letzten Worte nachdenklich stimmen müssen, das er zwei Stunden vor seinem Tode zu Cachin und Sembat sprach, als er im Vorzimmer des Außenministers dem russischen Botschafter begegnete: „Hier kommt der Schurke Iswolsky; er wollte seinen Krieg haben, und jetzt hat er ihn!“

Gleichviel: die Tatsache der deutschen Kriegserklärung und der belgischen Neutralitätsverletzung hätten ihn zweifelsohne in das Lager derer geführt, die für die Verteidigung des heimatlichen Bodens eintraten; wenn auch, im Angesicht der zertrümmerten Hoffnungen seines Lebens auf eine deutsch-französische Versöhnung, mit gebrochenem Herzen.

Der Meuchelmord an ihm, der uns so viel Schmerz und Trauer bereitet, war für ihn selbst und für seinen schattenlosen Ruhm vielleicht ein Glück...

Es wird auch oft um die andere Frage gestritten, wie er sich zu dem Problemenkomplex verhalten hätte, den die bolschewistische Revolution vom November 1917 aufgeworfen hat. Die Kommunisten reklamieren ihn für ihre These der revolutionären Diktatur, weil er sich oft zum begeisterten Anwalt des proletarischen Rechtes auf den gewaltsamen Umsturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung gemacht hatte. Aber, wenn es auch ein halbes Dutzend Zitate gibt, aus denen man eine posthume Sympathie von Jaurès für die bolschewistischen Ideen — jedenfalls nicht für ihre Methoden — notdürftig ableiten könnte, so gibt es sicherlich zehn Dutzend viel eindeutiger Zitate, aus denen sein unbedingtes Glaubensbekenntnis zur parlamentarischen Demokratie hervorgeht. Bei ihm überwog ohne Zweifel der demokratische Sozialist den revolutionären Sozialisten um ein vielfaches. Und zwar aus dem einfachen Grunde, weil in seinem Lande die politische Revolution bereits 120 Jahre zuvor vollzogen ward und weil er erkannte, daß es eine wirtschaftliche Revolution nicht geben kann, sondern nur eine Evolution zum Sozialismus mit den Mitteln der parlamentarischen Demokratie. Heute geben übrigens selbst die französischen Kommunisten den aussichtslosen Versuch immer mehr auf, mit seinem Namen Mißbrauch zu treiben. Auf dem jüngsten Weltkongreß in Moskau wurde er von einem französischen grünen Jungen als ein „kleinbürgerlicher Pazifist, dem der Friede ein Mittel zur Aufrechterhaltung der imperialistischen Bourgeoisie war“, zum alten Eisen geworfen.

Vielmehr könnte man Jean Jaurès, auf Grund seiner ganzen politischen Aktivität, als Schöpfer und Führer des Linksblocks

zwischen 1899 und 1904, als einen der Vorkämpfer des Gedankens der Koalitionspolitik in Anspruch nehmen. Und es war vielleicht einer der größten Fehler in der Geschichte des internationalen Sozialismus, daß August Bebel auf dem Amsterdamer Kongreß von 1904 ihm die Fortführung jener Politik unmöglich machte, die wahrscheinlich den späteren Weltkrieg verhütet hätte.

Zwanzig Jahre danach ist man in Frankreich zu der Politik von Jaurès zurückgekehrt. Und in der deutschen Sozialdemokratie denkt niemand mehr ernstlich daran, Einwendungen dagegen zu erheben, weil man inzwischen die eigene politische Revolution vollzogen hat und die taktischen Notwendigkeiten der Koalitionspolitik selbst erkennen mußte.

Jetzt sollen die Reste von Jean Jaurès aus dem kleinen heimatlichen Friedhof von Carmeaux in das Pantheon überführt werden.

Für ihn, den als vaterlandslosen Gesellen beschimpften und schließlich gemeuchelten Sozialisten, die schönste, würdigste Rache. Aber die beste Ehrung, die dem toten Jean Jaurès gebührt, die läßt sich weder in Worten, noch in einer symbolischen Feier zum Ausdruck bringen. Sie liegt in jener Tat, an der wir Sozialisten beider Länder getreu seinem erhabenen Beispiel mitzuarbeiten haben: in dem Wirken für die deutsch-französische Versöhnung!

Deutsch-französische Verständigungsversuche vor fünfundzwanzig Jahren

Von Professor Dr. Veit Valentin

Im Oktober 1902 hatte der spanische Botschafter in Paris, Leon y Castillo, mit dem französischen Minister des Auswärtigen, Delcassé, eine „akademische“ Unterhaltung über internationale Politik. Der Spanier sagte zu dem Franzosen: „Beruhigt Euch doch über Eure verlorenen Provinzen Elsaß und Lothringen; nehmt Euch ein Beispiel an Spanien, das hat viel größere Verluste gehabt und hat sich ein für allemal damit abgefunden. Das Verhältnis zu seinem Kriegsgegner, den Vereinigten Staaten, ist wieder ein normales, sogar ein ganz gutes geworden.“

Delcassés Antwort war: „Ich glaube nicht, daß Deutschland den Wunsch hat, sich mit Frankreich zu verständigen.“ Und nach einer Pause: „Ich will Ihnen noch mehr sagen: „Vor vier Jahren hat man in Berlin dem französischen Botschafter de Noches gesagt, es gäbe Punkte, über die die beiden Länder einig werden könnten. Ich fand diese Mitteilung so wichtig, daß ich sofort zum Präsidenten der Republik und zum Ministerpräsidenten damit ging. Diese beiden wiesen mich an, unserm Botschafter zu telegraphieren, daß ich bereit wäre, mit Deutschland über alle Punkte zu verhandeln, bei denen eine Verständigungsmöglichkeit bestünde. Der Botschafter antwortete, man habe ihn in der Wilhelmstraße wissen lassen, die Frage müßte in Anbetracht ihrer Wichtigkeit studiert werden. — Das ist vier Jahre her! Seit diesen vier Jahren ist unserm Botschafter kein Wort mehr über diesen Gegen-

stand gesagt worden. Er wartet immer noch auf Antwort. Ich bin vollkommen bereit, die Frage zu diskutieren, aber man muß zu mir sprechen. Die Berliner Antwort soll bloß an mich kommen.“

Dies erzählt der spanische Botschafter in Paris dem deutschen Botschafter, Fürsten Radolin. Radolin hat die Unterhaltung Castillo-Delcassé wörtlich nachgeschrieben, um sie genau wiedergeben zu können¹⁾.

Begreiflich: Diese Vorwürfe haben das Auswärtige Amt gewurmt. Die Antwort ist eine Aufzeichnung des Vortragenden Rates v. Holstein vom April 1903.

„Seit Herr Delcassé im Juni 1898 Minister wurde, hat die deutsche Regierung viermal in Einzelfragen ein Zusammengehen angeboten, aber immer ohne Erfolg.“ Dieser lapidare Satz steht zu Anfang und wird nun bewiesen. Die vier Angebote bezogen sich nach Holstein auf die Frage der portugiesischen Kolonial- und Finanzpläne (1898); auf die Jangtse-Frage (1900); auf die Schanghai-Frage (1902); auf die siamesischen Angelegenheiten (1902). Auf diese vier Punkte machte Fürst Radolin im Auftrage der deutschen Leitung den spanischen Botschafter aufmerksam, — der sollte das an Delcassé weitersagen. Holstein erklärt in der Aufzeichnung, Delcassé sei nur immer geneigt gewesen, mit England zu kokettieren, er wolle durch den Spanier irgend etwas aus Deutschland herauslocken, um damit die deutsch-englischen Beziehungen zu verschlechtern, sein großes Ziel sei die Erwerbung von Marokko, ein französischer Einfall ziehe aber einen italienischen in Tripolis nach sich, und die Folge sei eine Balkankrise²⁾.

Aussage steht also gegen Aussage: Delcassé gibt der deutschen Regierung die Schuld, — der leitende Geist der deutschen Außenpolitik klagt Delcassé an. Was sagen die Akten dazu?

Am 31. Dezember 1897 schreibt der damalige deutsche Botschafter in Paris, Graf Münster³⁾: „Viele denkende Staatsmänner, deren Zahl hier ständig wächst, würden am liebsten mit uns eine Verständigung suchen. Die Chauvinisten und Pseudopatrioten haben aber noch zu viel Einfluß in der Presse, und das Rachegeheiß für Elsaß-Lothringen ist zwar nicht mehr heftig, ist aber noch nicht so weit verstummt, um der Regierung freie Hand zu lassen.“

Als Hanotaux durch Delcassé im Auswärtigen Ministerium ersetzt wurde, schreibt Münster am 30. Juni 1898³⁾: „Den Abgang Hanotaux' bedauere ich sehr. Meine Beziehungen zu ihm waren die besten. Er hatte, trotzdem er mit gebundener Marschroute russische Politik treiben mußte, entschieden die Absicht, mit uns gute Beziehungen zu unterhalten und sie zu verbessern... Dagegen fürchte ich, daß Delcassé unser Mißtrauen verdienen wird. Er hat sich literarisch und hinter den Kulissen als Amateur viel mit Politik beschäftigt. Er hat von vornherein für die russische Allianz zu wirken versucht. Sein Traum soll eine russisch-slawisch-österreichische Allianz sein. Er war ein für uns und England unangenehmer Kolonialminister und kennt den auswärtigen Dienst nicht. Ich habe ihn als Kolonialminister gekannt, und gefiel er mir persönlich nicht.“

Trotzdem: Delcassés Amtsführung bedeutet zunächst keinen Systemwechsel. Die Stimmung in Frankreich stand damals ganz unter dem Druck der Gefahr eines Krieges mit England. Da auch die deut-

¹⁾ Radolins Bericht an den Reichskanzler Grafen von Bülow, 15. Oktober 1902: „Die große Politik der europäischen Kabinete 1871—1914“, Sammlung der diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes. Band XVIII. S. 797.

²⁾ a. a. O. Band XVIII, S. 802 f.

³⁾ a. a. O. Band XIII, S. 237, 241 f.

schen Beziehungen zu England schlecht waren, so bestand in Deutschland auch eine gewisse Bereitschaft, mit Frankreich zusammenzugehen. Aus demselben Grunde — dieser latenten englisch-französischen Kriegsgefahr — erfolgten in diesen Jahren die bekannten englischen Bündnisfühler an die deutsche Adresse. Der spanisch-amerikanische Krieg und der bald beginnende Burenkrieg haben damals alle überkommenen Bündnisbeziehungen zwischen den großen europäischen Staaten aufgelockert und für einen großen staatsmännischen Willen bedeutende Wirkungsmöglichkeiten geschaffen.

Um die französische Stimmung zu benutzen und zu verbessern, schlug im November 1898 Münster dem Reichskanzler Fürsten Hohenlohe die Aufhebung des für gewisse Kategorien immer noch bestehenden Paßzwanges für Elsaß-Lothringen vor. Daß der Paßzwang von Anfang an viel geschadet und wenig genutzt habe, das war eine Erfahrung, über die sich Münster und Hohenlohe durchaus einig gewesen sind. Das „wirklich wirksame“, ja „notwendige“ Mittel für eine deutsch-französische Verständigung wurde aber leider nicht angewandt; der Generalstabschef hatte den Paßzwang als entbehrlich bezeichnet, Kriegsminister und Kommandierende Generale waren aber dafür, und infolgedessen blieb es leider dabei⁴⁾. Als Münster später darauf zurückkam, lehnte der Kaiser in scharfer Form ab.

Der Hauptträger des Gedankens einer Annäherung Frankreichs an Deutschland war damals ein Legationsrat z. D. Hansen, von Abstammung Däne, aber in französische Dienste übergetreten und in jenen Jahren einer der einflußreichsten Männer in der französischen Außenpolitik. Schon 1896 trat diese Persönlichkeit an den Korrespondenten der „Kölnischen Zeitung“, Arthur v. Huhn, heran; im November 1898 trafen sich beide wieder zufällig in Paris⁵⁾. Hansen veranstaltete ein Frühstück, bei dem Huhn mit führenden Beamten des französischen auswärtigen Dienstes bekannt wurde. Die Gesichtspunkte dieser Politiker — unmittelbar nach der Fashoda-Krise — gingen darauf: Der französisch-russische Zweibund ist zu schwach, England profitiert von dem deutsch-französischen Gegensatz und fischt überall im trüben — deshalb ist es Pflicht für Frankreich, „geschehene Dinge zu vergessen“; die wohlgesinnten Leute aus beiden Lagern sollten zusammenkommen, Frankreich könne seinen guten Willen zunächst in der Kolonialpolitik betätigen, es habe genug Kolonien, was Deutschland bekäme, entginge doch den Engländern. — Die Franzosen versuchten sogar, Herrn v. Huhn zu veranlassen, einen Besuch des Kaisers auf der Rückreise vom Orient in einem französischen Hafen zu arrangieren! ...

Huhn wurde infolge dieses Frühstücks auch ausdrücklich gebeten, Delcassé aufzusuchen. Delcassé sprach sich in demselben Sinne aus: England will den Krieg mit Frankreich; Frankreich und Deutschland müßten als Ergänzung der frankorussischen Allianz eine gemeinsame Politik führen; Frankreich wolle Deutschland entgegenkommen — „il faut refaire la politique suivie depuis 16 ans“. Huhns Einwendungen widerlegte Delcassé — die Revanche-Idee habe sehr viel Anhänger verloren, Rußland könne ja als Garant deutsch-französischer Abmachungen auftreten. —

Der Kaiser und Bülow fühlten sich in jenen Jahren als Schiedsrichter Europas; von allen Seiten kamen Angebote: aus England, aus Rußland, nun auch aus Frankreich. Unsere Leitung glaubte die Bindung nach keiner Seite hin nötig zu haben, am wenigsten nach der französischen.

⁴⁾ a. a. O. Band XIII, S. 245, 255 f.

⁵⁾ a. a. O. Band XIII, S. 247.

Bülow schrieb am 14. März 1899: „Den französischen Annäherungsversuchen an uns stehen wir höflich, aber ohne Illusionen gegenüber, da wir in denselben zunächst nur das Bestreben erblicken können, Deutschlands Schwergewicht unter einstweiliger Offenhaltung der elsäß-lothringischen Frage zu benutzen zur Niederwerfung der Gegner Frankreichs auf kolonialem Felde, und zwar mit dem Hintergedanken, nach Lösung dieser Aufgabe, gestützt auf den dadurch erlangten Kräftezuwachs, zur endlichen Abrechnung mit uns wegen Elsaß-Lothringens zu schreiten“⁶⁾.

Bülow und sein maßgebender Beamter Holstein kamen deshalb wiederholt mit dem Gedanken der Garantierung des wechselseitigen Besitzstandes, sobald das Projekt des kontinentalen Dreibundes, mit dem der Kaiser ja so liebäugelte, aufs Tapet kam. So sagte Bülow dem russischen Botschafter am 4. Mai 1899: „Es gäbe eine Voraussetzung, unter welcher wir bereit wären, mit Rußland wie mit Frankreich jedes Abkommen und jede Allianz abzuschließen, nämlich wenn Rußland und Frankreich sich bereiterklären zur allseitigen Garantierung des gegenwärtigen Besitzstandes der drei Mächte.“ Der russische Botschafter antwortete, daß dies für die Franzosen noch nicht möglich sei. Die französische Vernunft habe auf Elsaß-Lothringen verzichtet, das französische Gefühl aber erlaube noch nicht, daß dieser Verzicht formell ausgesprochen würde.

Auch von Spanien ist damals der Gedanke des Defensiv-Kontinental-Bündnisses angeregt worden; die deutsche Antwort lautete immer gleich: Die Hindernisse kämen nicht von Deutschland, sondern von Frankreich. — Frankreich wolle in erster Linie den Frankfurter Vertrag zerreißen, und deshalb sei der Augenblick eines vertragsmäßigen Zusammenwirkens zwischen Frankreich und Deutschland noch nicht gekommen. Zweifellos haben maßgebende französische Politiker die Dinge nicht ganz so einfach gesehen. Sie wollten mit kleinen Dingen allmählich anfangen und so zu größeren kommen. So hofften sie eine wesentliche Erleichterung, wenn sich Deutschland entschlosse, dem Reichsland eine größere Selbständigkeit zu geben. Die Königin-Mutter von Spanien hielt diese Gedanken für so wichtig, daß sie sich zur Trägerin solcher Anregungen an den deutschen Botschafter in Madrid, v. Radowitz, machte.

Kaiser Wilhelm schrieb freilich eine grobe Antwort an den Rand: „Dummes Zeug! Die Eitelkeit, dieser Hauptteufel der Gallier, muß eben von ihnen besiegt werden! Das Reichsland ist deutsch, und wir werden bei uns zu Hause tun, was uns beliebt, und geht das Frankreich nichts mehr an.“

War nicht wenigstens ein „koloniales Zusammenwirken“ möglich? Als in Togo französische Truppen mit den deutschen zusammenwirkten, sprach der französische Geschäftsträger in Delcassés Auftrag in Berlin dessen Befriedigung darüber aus. Das war eine Höflichkeit, die noch nicht viel war. Auch von deutscher Seite wurden Höflichkeiten nicht gespart: Der Kaiser besuchte in den norwegischen Gewässern das französische Schulschiff „Iphigénie“, das an seinem Großmast die Kaiserstandarte geißt hatte, der erste derartige Fall seit der Reichsgründung. Die Marinefreundschaft schien dem Kaiser ein besonders wirksames Bindeglied nach Frankreich hin — in der Tat wurde gerade hier der Revanchegedanke abgelehnt und dafür die Auseinandersetzung mit England angestrebt, eine Art verstiegene Sportidee, wie wir sie ja auch in Deutschland erlebt haben. Als ein französischer General zur Parade nach Berlin kam, brachte der Kaiser im Gardekasino der französischen Armee ein dreifaches Hurra

⁶⁾ a. a. O. Band XIII, S. 264, 265.

Das Pariser Ausstellungsjahr machte die Deutschen und den kaiserlichen Pavillon in der Weltausstellung populär; deutsche Offiziere sogar wurden mit der größten Liebenswürdigkeit behandelt, während englischen Damen im offenen Wagen Schimpfworte nachgerufen wurden. „Der Haß gegen die Engländer tritt hier auch in den besseren Klassen mehr zutage, als es den Deutschen gegenüber auch in den schlechtesten Zeiten der Fall gewesen ist“, schreibt Fürst Münster am 3. März 1900. „Eine Allianz mit Deutschland wird viel, aber bis jetzt auf eine Weise besprochen, die nicht ernst zu nehmen ist. Die Idee, welche am meisten in den Vordergrund tritt, ist die, Lothringen gegen Madagaskar zu vertauschen, Metz zu schleifen oder zu neutralisieren.“

Wir Heutigen werden in diesen französischen Ideen einen sehr gesunden Kern empfinden und sie lange nicht so töricht finden wie Wilhelms II. „witzige“ Randbemerkung: „Viel einfacher ist ein Plebiszit zu meinen Gunsten. Ich regiere sechs Monate in Paris, sechs Monate in Berlin, das Reich von Karl dem Großen ist wieder beieinander und Frankreich ist mit den Reichslanden wieder verbunden.“ ...

Das Interesse Spaniens an der deutsch-französischen Annäherung zeigte sich nun in wiederholten auffälligen Schritten des spanischen Botschafters in Paris, Leon Castillo. Offenbar hat Delcassé diesem Diplomaten sein Herz ausgeschüttet: Fürst Münster, der im November 1900 durch den Fürsten Radolin ersetzt wurde, hätte nur englische Sympathien gehabt und wäre einer vertraulichen und freundschaftlichen Aussprache, die er, Delcassé, wiederholt angeregt habe, immer wieder ausgewichen. Der spanische Botschafter bot sich im Juni 1901 zum ersten Male als Vermittler an für die deutsch-französische Annäherung, die Königin-Regentin habe ihn ausdrücklich dazu beauftragt; der glänzende Empfang, den Fürst Radolin gefunden habe, müsse benützt werden, um weiterzukommen. Wenige Tage später kam der spanische Botschafter wieder zu Radolin: Delcassé habe erklärt, er hätte keinen größeren Wunsch, als sich mit dem deutschen Botschafter eingehend über verschiedene Punkte zu unterhalten; da aber die Franzosen der besiegte Teil seien, so müsse der deutsche Botschafter seinerseits das Thema anschnelden⁷⁾. Delcassé sagte bezüglich Elsaß-Lothringens: Kein französischer Minister könne der öffentlichen Meinung gegenüber den Verzicht aussprechen; die allgemeine Stimmung sei „jetzt noch nicht so weit“ — inzwischen müsse man versuchen, auf anderm Gebiet die Annäherung zu finden.

Fürst Radolin verhielt sich diesen Anregungen gegenüber freundlich reserviert; Bülow's Standpunkt war aber entschieden ablehnend. In seinem Erlaß vom 19. Juni 1901 schreibt er, er glaube, „daß es der französischen Regierung zunächst nur darauf ankommt, Klarheit über Tendenzen und Ziele der deutschen Politik in der marokkanischen Frage wie auch in der einen oder andern ostasiatischen Frage zu erlangen“; Deutschland könne nicht mit Frankreich zusammen operieren, ohne gegenseitige Garantie des Besitzstandes (vgl. oben); Verhandlungen ohne diese Grundlage seien zum Scheitern verurteilt und könnten deshalb nur zu einer zeitweiligen Verschlechterung der Beziehungen führen; deshalb solle der Botschafter aus sachlichem und aus persönlichem Interesse derartigen Aussprachen über konkrete Fragen aus dem Wege gehen.

Die Versuche von französischer Seite gingen weiter. Legationsrat Hansen besprach im Herbst 1901 mit Radolin die Möglichkeit eines Zusammentreffens von Bülow und Delcassé. Delcassé hatte es vermieden, auf der Durchreise nach Petersburg bei Bülow vorzusprechen; er drückte nun den Wunsch aus, falls Bülow einmal inkognito nach Paris käme, ihn persönlich kennen zu lernen. Bülow bezeichnete eine solche Begeg-

⁷⁾ a. a. O. Band XVIII, S. 775 f.

nung als sehr nützlich, aber der Zeitpunkt schien ihm noch nicht gekommen, sie durchzuführen.

Vielleicht ist dieser Moment der entscheidende des Umschwunges in der Politik Delcassés. Es setzen schon Ende 1900 bekanntlich die geheimen Versuche ein, Italien vom Dreibund abzuziehen, die 1902 zum Abschluß kamen. Der spanische Botschafter in Paris konnte im Mai 1902 dem Fürsten Radolin mitteilen, daß jetzt Delcassé weniger daran läge, mit Deutschland ein engeres Verhältnis anzubahnen, es werde vielmehr behauptet, Delcassé wäre bemüht, eine englisch-französische Verständigung betreffs Marokkos zustandezubringen. Dieses „unglaubliche Gerücht“ hat sich bekanntlich voll bewahrheitet. Delcassés Abkühlung hatte, wie der deutsche Staatssekretär Frhr. v. Richthofen selbst entwickelte, mindestens zwei sachliche Gründe. Frankreich teilte 1901 den Wortlaut einer französisch-russischen „Deklaration“ in ostasiatischen Angelegenheiten mit und wünschte Deutschlands Mitwirkung, die abgelehnt wurde. „Das Bedeutsame an dieser Eröffnung, der wir allerdings aus materiellen Gründen keine weitere Folge geben konnten, liegt darin, daß Frankreich zum ersten Male seit dem Kriege von 1870 ein Zusammengehen mit Deutschland amtlich angeregt hat.“ (28. 5. 1902.)

Der zweite Punkt betraf Siam: Frankreich wünschte aktiv in Siam vorzugehen — der französische Botschafter in Berlin bemühte sich beim Reichskanzler Grafen Bülow, herauszubekommen, wie sich Deutschland in einem solchen Falle stellen würde; Bülow aber vermied eine weitere Erörterung. Der Staatssekretär stellte hier wiederum fest, „daß dies seit dem deutsch-französischen Kriege erst das zweitemal ist, wo die französische Regierung durch ihren amtlichen Vertreter uns den Gedanken eines Zusammengehens nahelegen ließ.“ (30. Juni 1902.)

Damit endete die Periode der wechselseitigen Verständigungsversuche. Delcassé wandte sich jetzt entschieden England zu; im August 1902 gingen seine ersten Vorschläge über Marokko an die englische Adresse.

Kehren wir zum Ausgangspunkt zurück. Weder Delcassé noch Holstein haben in ihren Rückblicken recht gehabt. Holsteins Aufzeichnung, die vier Angebote an die französische Adresse aufzählt, irrt; es handelt sich im ganzen um fünf Angebote. Zwei Angebote sind von Frankreich an Deutschland gemacht worden. Drei andere hat Deutschland gemacht. Im übrigen kann kein Zweifel daran möglich sein, daß Frankreich in diesen Jahren der werbende Teil ist. Delcassé war keineswegs von Anfang an gegen Deutschland und für England — wie hätte er es auch nach Feschoda sein können!? Seine anglophile Politik hat sich erst aus den Enttäuschungen entwickelt, die er von der Bülow-Holsteinschen Politik des hochmütigen Mißtrauens empfing. Eine gewisse Vorsicht war natürlich auch Herrn Delcassé gegenüber am Platze. Aber die ganze Bülowsche Kalkulation, daß es ohne den Garantiepakt über den wechselseitigen Besitzstand nicht ginge, ist durch die weitere Entwicklung ad absurdum geführt worden. Bülows Marokko-Politik hat uns nach Algeciras gebracht, Berlin unterhielt sich sehr eingehend mit Paris — auch ohne den Garantiepakt.

Eine deutsch-französische Verständigung über koloniale Fragen im Jahre 1899 oder noch ein Jahr später brauchte keinen englisch-kontinentalen Krieg herbeizuführen, sie konnte vielmehr einen deutsch-französischen um Elsaß-Lothringen weit hinausschieben, vielleicht sogar unmöglich machen.

Vergangenheit — Zukunft!

Von Clara Bohm-Schuch

Zehn Jahre sind es, seit unser furchtbares Erleben begann. Wann wird es hinter uns liegen? Zehn Jahre! Wie endlos lang ist die Zeit und wie trostlos kurz. Ein ganzes Leben und ein schmachvolles Vergessen; je nach den Menschen, die durch dieses Erleben hindurchgehen oder an denen es vorüberging. Noch stehen wir mitten im Strudel der aus den Gefügen gegangenen Welt, noch können wir nichts klar erkennen, aber der Anfang wird lichter.

Wie konnte es kommen? „Keiner wollte den Krieg in Deutschland“ — so erklärten alle Sachverständigen der verschiedensten Parteirichtungen nach gründlichem Studium aller einschlägigen Akten vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß für Klärung der Kriegsschuldfrage. Und sie sagten es mit Recht! Aber mit demselben Recht würden es Sachverständige aller übrigen beteiligten Nationen nach gründlichem Studium ihrer Akten sagen und wahrscheinlich sagen können. Nein, den Krieg hat bewußt niemand gewollt, aber es war in allen Ländern eine Stimmung da, wonach der Krieg nicht zu verhindern war, wenn der Herrgott ihn schickte.

Und die Völker? Sie verhielten sich in ihren Massen genau so. Das Geschäftemachen in der Welt war schwer, die Konkurrenz aller gegen alle groß; die Löhne wurden gedrückt, dadurch die Kaufkraft in jedem einzelnen Lande vermindert. Die kleinen Geschäftsleute, das ganze mittlere Unternehmertum wußte nicht recht aus noch ein „Wenn es möglich wäre, durch einen Krieg einen oder einige Konkurrenten vom Weltmarkt zu entfernen...“ Ueberall wurde mit dem Gedanken gespielt, er nahm Form an bis weit in die Reihen der Arbeiterschaft hinein; denn nur ein kleiner Teil von ihnen waren Sozialisten.

So war es nicht in einem einzelnen Lande, sondern so war es in der Welt. Niemand hat den Krieg gewollt, aber niemand hat ihm auch energischen Widerstand entgegengesetzt, als er in den Köpfen begann. Hinzu kam überall die noch heute für den größten Teil der Menschen geltende Moralanschauung von der Notwendigkeit des Krieges an sich.

Und die überzeugten Kriegstreiber der Welt schürten das Feuer. In Deutschland fanden sie prächtige Handlanger. Hemmungslosigkeit und Verantwortungslosigkeit des herrschenden Monarchen ging Hand in Hand mit einer Servilität seiner Umgebung, vor der einem der Ekel kommt. Die das Unglück kommen sahen seit langer Zeit, waren zu schwach oder zu feige, um auch nur den Versuch zu wagen, es aufzuhalten. So kreiste sich Deutschland ein. Und die, die diese Politik der Isolierung verschuldet hatten,

konnten und wußten dann nichts anderes, als die übrigen Mächte anzuklagen und mit dem Säbel zu rasseln. — Als der Mord von Serajewo wie ein Warnungszeichen über die Welt hinflamnte, wünschte Deutschland ein sehr energisches Vorgehen Oesterreichs gegen Serbien, sagte jede Unterstützung zu und — arbeitete in völliger Ahnungslosigkeit den russischen Kriegstreibern so in die Hände, wie man den heimlichen Hoffnungen Frankreichs entgegenkam. Wie muß es in den Hirnen der leitenden Staatsmänner ausgesehen haben, die am 28. Juli noch glauben wollten, der Krieg lasse sich auf Serbien und Oesterreich beschränken. Als ich einmal im Ausschuß nach erregten Auseinandersetzungen sagte: „Den Krieg haben alle beteiligten Staaten gewollt“, da war eine Sekunde eisige Luft um mich. Man suchte zu vermitteln. Ich hätte gewiß sagen wollen, „sie hätten ihn nicht gewollt ...“

Und doch: sie haben ihn alle gewollt; im Grunde gewollt. Daß niemand es zugesteht, daß alle Staaten sich auch heute noch entrüstet gegen eine solche Möglichkeit wenden, ändert nichts an der Tatsache, daß die innere Einstellung in allen Ländern für und nicht gegen den Krieg gewesen ist. Wären die Staatsleitungen ehrlich genug, das zu erkennen, so wäre der Krieg liquidiert worden auf der Grundlage, daß alle Schuldige sind und — seine Wunden wären fast vernarbt. Es ist absurd, von der Alleinschuld Deutschlands zu sprechen, immer noch davon zu sprechen, nachdem Deutschland die Archive geöffnet, die Akten veröffentlicht, der parlamentarische Untersuchungsausschuß weit zurück all die törichten Ungeschicklichkeiten der deutschen Regierung und die Gewandtheit ihrer Gegenspieler aufgezeigt hat. Nachdem aus den Iswolski-Akten die Interessengemeinschaft Rußland-Frankreich klar zutage tritt. England ist gewiß am freiesten von direkter Schuld, ja, es hat zweifellos den ernstesten Versuch gemacht, im letzten Augenblick den Brand zu ersticken, aber die indirekte Einstellung zum Krieg, die ich als die letztentscheidende Ursache betrachte, war auch dort aus wirtschaftlichen Gründen vorhanden.

Die Kriegsschuldfrage soll geklärt werden vor einem Gerichtshof aller Völker. Alle haben unerhört gelitten, — alle haben ein Recht zu erfahren, wie es gekommen ist. Die deutsche Republik hat ein besonderes Interesse daran. Es wird sich erweisen, daß die These von der Alleinschuld nicht haltbar ist. Aber es wird auch vor aller Welt dokumentiert werden, von wieviel Unfähigkeit, Unbildung und Leichtfertigkeit das große, intelligente deutsche Volk in und durch den Krieg geführt worden ist. Das deutsche Volk in seiner großen Masse muß sich beschämt abwenden von dem monarchistischen Ideal der Deutschvölkischen und Deutschnationalen. Damit es nicht wieder so kommt.

Das müssen wir wissen am zehnten Jahrestag unseres Elends. Wir müssen wissen, daß die Kräfte der Ver-

gangenheit noch ungeheuer stark sind, nicht nur in Deutschland, sondern in der Welt. Aber wir müssen auch wissen, daß die Zukunft uns gehört, wenn unsere Idee der Völkerverständigung, der Ueberwindung der Gewaltmoral getragen wird von einem unbeugsamen Willen und Wirklichkeitssinn. Daß wir diesen Wirklichkeitssinn haben für die große Arbeit, die von uns Sozialisten geleistet werden muß, bis die Masse des Volkes politisch, wirtschaftlich und geistig reif genug ist, sich nicht wieder blind in neue Kriege führen zu lassen, beweist die sozialistische Kulturtagung, die vom 2. bis 6. August in Leipzig stattfindet. Kann der Welt ein besseres Zeugnis gegeben werden von dem Willen zum Leben, als wenn deutsche Kopf- und Handarbeiter, die unter dem Krieg und seinen Folgen furchtbar gelitten haben, sich am 10. Jahrestag des Kriegsausbruchs zusammenfinden, um Rechenschaft zu geben über geleistete Kulturarbeit, und neue Kräfte zusammenzufassen zu weiterem Aufstieg? Trotz Krieg und Vernichtung lebt der Sozialismus; Ideal und Wirklichkeitskultur der Zukunft zugleich. Uns eine Gewißheit, unsern Kindern ein Glaube, der Menschheit ein Ziel!

Begreifen die Feinde der Sozialdemokratie, die gleichzeitig Feinde des neuen Geistes und des republikanischen Staates sind, daß ihre Zeit vorübergeht? Noch stehen wir als Volk unter dem Schatten der Vergangenheit, aber das Licht bricht sich Bahn. Die Sozialdemokratie ist nicht nur politische und wirtschaftliche Kampfpartei, sie ist Führerin in dem Kampf um eine höhere Menschheitskultur geworden, die nicht in blutigen Kriegen, sondern nur in friedlicher Entwicklung errungen werden kann.

Der sozialistische Kulturtag in Leipzig ist eine Hoffnung für die, die mutlos geworden sind in diesen zehn Jahren; er ist eine Wegleuchte für die Jungen und ein Beweis der Kraft unserer Partei für Freunde und Feinde.

Unabhängigkeit der Presse

Der Kampf um ein Journalistengesetz

Von Franz Klühs

Die Zeiten der alten Zeitungsverleger, die mit der Herausgabe ihrer Blätter nicht nur ein mehr oder minder gutes Geschäft machen, sondern auch einen publizistischen Dienst am Volke verrichten wollten, sind auch in Deutschland vorüber. An die Stelle dieser persönlich interessierten Herausgeber, denen die politische und kulturelle Haltung ihres Blattes Herzenssache war und die deshalb zum Teil auch die redaktionelle Oberleitung durch ein persönliches Vertrauensverhältnis zu den Redakteuren sich zu erhalten suchten, tritt in steigendem Maße die unpersönliche Verlagsgesellschaft, deren Eigentumsrechte sich in anonymen Aktienpaketen verkörpern. Ihre Repräsentanten sind der Schrifteleitung gegen-

über die General- und Verlagsdirektoren. An die Stelle des persönlich an Gestalt und Gehalt der Zeitung interessierten Herausgebers tritt der nackte kapitalistische Profitwunsch, eingehüllt in allerhand moralische, patriotische und pseudokulturelle Gewänder.

Mit dieser Umwandlung der Eigentumsverhältnisse hat sich auch eine völlige Umgestaltung des Verhältnisses vollzogen, das die Redakteure (Schriftleiter) an das Unternehmen kettet. Gustav Freytags Lustspiel „Journalisten“ mutet heute an, als wenn es Hunderte von Jahren alt sei. Denn die Anteilnahme der Redakteure an ihrem Organ ist mit dem Anwachsen der Mammutbetriebe im Zeitungswesen keineswegs in gleichem Maße gestiegen, vielmehr gesunken. Vielleicht einige „Prominente“ unter ihnen ausgenommen, die von den Verlagsdirektoren besonders gehätschelt werden. Für die große Zahl der redaktionellen und journalistischen Mitarbeiter an einem der großen Zeitungsunternehmen wird ihr Verhältnis zum „Verlag“ immer mehr zu einem Angestelltenverhältnis, ohne daß dies jedoch in rechtlicher und sozialer Hinsicht klar zum Ausdruck käme.

Infolgedessen besteht seit längerer Zeit innerhalb der bürgerlichen Journalistenkreise eine Gärung, aus der sich das Verlangen nach Schaffung eines Journalistengesetzes kristallisiert hat. Die österreichische Nationalversammlung hat bereits vor mehr als vier Jahren ein Journalistengesetz in Kraft gesetzt (20. Februar 1920), das unter hervorragender Mitarbeit gerade der Sozialdemokratie — besonders des Chefredakteurs der Wiener Arbeiterzeitung, Fritz Austerlitz — geschaffen worden ist und wenigstens die schlimmsten Auswüchse kapitalistischer Hochkultur auf diesem Gebiete beschnitten hat. Dieses österreichische Gesetz sichert nicht nur eine Versorgung des Redakteurs für den Fall der Berufsunfähigkeit und des Alters, sondern es stellt auch seine Ansprüche an die „Zeitungsunternehmung“ sicher für den Fall, daß der Verlag plötzlich in andere Hände übergeht oder daß die politische Richtung des Blattes geändert wird und ihm deshalb eine fernere Mitwirkung daran nicht zugemutet werden kann. In Deutschland wird in solchem Falle der Redakteur, auch wenn er jahrelang dem Unternehmen gedient hat, nach kurzer Kündigungsfrist auf die Straße gesetzt, wo er dann über die Notwendigkeit politischen Rückgrats nachgrübeln mag.

Lange vor dem österreichischen Gesetz hatten die deutschen Journalistenvereine der Reichsregierung einen Entwurf für ein derartiges Gesetz eingereicht. Der erste solcher Entwürfe stammt aus den Jahren 1915/16, ist also fast zehn Jahre alt. Aber während man in Oesterreich frisch zur Tat schritt, blieb in Deutschland alles im bürokratischen Tischkasten liegen. Erst jetzt ist eine Aenderung eingetreten. Die Regierung hat mitteilen lassen, daß im Reichsministerium des Innern endlich ein Referentenentwurf über die Rechtsverhältnisse der Redakteure fertiggestellt ist und daß er den Verlegern wie den Redakteurverbänden zur Begutachtung zugehen werde. Während in Oesterreich seit 4½ Jahren ein gut funktionierendes Gesetz besteht, haben wir in Deutschland es also glücklich bis zu einem Referentenentwurf gebracht! Woraus allerhand zu folgern ist!

Die Frage, ob und welches Interesse die Öffentlichkeit an einer gesetzlichen Regelung des Verhältnisses zwischen Zeitungsverlag und Redakteuren hat, sollte eigentlich nicht schwer zu beantworten sein. Für den Staat, für die Leserschaft, für das Volk gilt mit Recht die Redaktion eines Blattes als verantwortlich für den Charakter, den es nach außen annimmt. In der Sozialdemokratie mit ihren ausgesprochenen Parteiunternehmungen ist ja die Frage ohne weiteres geklärt. Hier werden die Redakteure gleichzeitig als die Vertrauenspersonen der

Genossen angestellt, für deren Bereich sie tätig sein sollen. Und Schwierigkeiten, die sich auch in sozialdemokratischen Zeitungen ergeben haben und ferner ergeben können, sind meist nicht solche zwischen „Verlag“ und „Redaktion“, sondern solche zwischen den Parteiorganisationen und ihren bestellten Vertrauensleuten. Solche Schwierigkeiten ergeben sich wohl infolge Meinungs- und Stimmungsänderung in den Organisationen. Sie kommen daher für die hier behandelte Frage nicht in Betracht, da ja bei einem Parteiblatt ohnehin klar ist, daß hinter ihm das Schwergewicht der Partei — zentral oder regional — steht und daher die einzelnen Redakteure durch Plus oder Minus an Fähigkeiten zwar das Blatt heben oder senken, aber niemals einen Zweifel darüber entstehen lassen können, daß sie die Grundsätze ihrer Partei vertreten.

Anders liegen die Dinge in jenen Zeitungsbetrieben, die auf Privateigentum, auch in seiner gesellschaftlichen Form, gestellt sind. Die Öffentlichkeit hat ein vitales Interesse daran, zu wissen, welche Kreise die „Meinung“ machen, die in dem einzelnen Blatt der Leserschaft suggeriert wird. Wir wissen, daß die Zeitungskonzerne polypenarmig immer neue Blätter in ihren Dienst zwingen, daß die Stinnes- und Hugenberg-Gesellschaften heute schon mit ihren Schwester- und Tochterunternehmungen einen sehr erheblichen Prozentsatz der öffentlichen Meinung fabrizieren, ohne daß diese schwerindustrielle Beeinflussung auch nur ein einziges Mal so klar zutage träte, wie im Fall der „D.A.Z.“. Hat aber die Redaktion und der einzelne Redakteur der Öffentlichkeit gegenüber die sittliche Pflicht, nach eigener bester Ueberzeugung das Blatt zu leiten — unabhängig von Einflüssen materieller Art, die sich hinter den Kulissen verbergen —, so hat auch die Öffentlichkeit, der Staat, die Gesellschaft die Pflicht, den Redakteur und Journalisten gegen das erdrückende Gewicht zu schützen, das durch namenloses Kapital auf ihn gewälzt werden kann. Ist die Presse eine Einrichtung im Interesse der Öffentlichkeit — und mehr noch als der Obrigkeitsstaat sollte die Demokratie das begreifen —, so muß auch ihren geistigen Arbeitern Schutz gegen verlegerische und andere Bedrückung gewährt werden, die ein freies Aussprechen der ehrlichen Meinung verhindert.

Dazu dient einmal die Sicherung der Existenz im Falle solcher Konflikte, besonders des plötzlichen Richtungswechsels infolge verlegerischer Anordnung oder von Besitzveränderung. Zum andern aber auch eine einigermaßen würdige Sicherung der Journalisten gegen die Folgen des Alters und der Invalidität. Der Fall, daß der Chefredakteur und politische Leitartikler eines alten Berliner Blattes plötzlich im hohen Alter auf die Straße gesetzt wurde und der Unterstützung durch seine Kollegen anheimfiel, ist nicht vereinzelt in der neueren Geschichte der deutschen Presse. Die Aussicht auf solche Behandlung im Alter ist nicht geeignet, das Rückgrat des einzelnen gegen unberechtigte Beeinflussungsversuche zu stärken. Und die Beispiele, daß besonders während der Inflationszeit zahlreiche Blätter mit bestimmter politischer Richtung von anonymen Kapitalgesellschaften aufgekauft, in ihrer politischen Haltung plötzlich nach rechts umgedreht und ihre Redakteure mit kurzer Frist entlassen wurden, sind so zahlreich, daß auch sie Belege für die Notwendigkeit liefern, die in der Arbeit der Redakteure liegende Tätigkeit für das öffentliche Wohl einem Mindestmaß an gesetzlichem Schutz zu unterwerfen.

Es liegt nun, wie gesagt, ein Referentenentwurf im Reichs-Innenministerium vor. Der Öffentlichkeit ist er noch nicht bekanntgegeben. Auch den Vertretern der beteiligten Organisationen ist er noch nicht mitgeteilt. Wohl aber haben sich bei der ersten Ankündigung der Möglichkeit, daß ein solcher Entwurf auftauchen könnte, die Verleger mit einer Schärfe gegen ihn gewendet, wie es nur vom nacktesten kapitalisti-

schen Interessenstandpunkt verständlich ist. Im „Zeitungsverlag“, dem offiziellen Organ des Verlegerverbandes, wird in einer Tonart von den Redakteuren gesprochen, die diese als Kulis im Dienste der Zeitungsindustrie erscheinen läßt. Schon der Gedanke, daß eine gesetzliche Abgrenzung der Einflußsphäre zwischen Redakteur und Verlag stattfindet, erscheint dem „Zeitungsverlag“ als „ein Sozialisierungsversuch, ein Versuch der geistigen Expropriation der Verleger“. Und um gar keinen Zweifel darüber aufkommen zu lassen, wie gering die geistige Arbeit der Redaktion vom hohen Kothurn des Verlegertums gewertet wird, versichert das Verlegerblatt mit ernster Miene: „Es bleibt dabei, daß der Redakteur rechtlich Beauftragter des Verlegers (also auch der kapitalistischen Verlagsgesellschaft! Vert.) ist.... Der Redakteur ist in der Zeitung nichts aus eigenem Recht, alles aus Verlegers Recht.... Der Redakteur hat an sich gar keine Berufspflicht zur Wahrnehmung öffentlicher Interessen, sondern der Redakteur hat die Berufspflicht, im Auftrage seines Verlegers die Zeitung oder den ihm zugewiesenen Teil zu redigieren....“

Von diesem „Herrenstandpunkt“ aus haben sich auch die Zeitungsverleger auf ihrem Jahrestag in Stuttgart geäußert. Der Reichsinnenminister Jarres war persönlich mit seinem Referenten erschienen, um begütigend zuzureden. Aber die in ihren Herrenrechten angetasteten Verleger, vom demokratischen Mosse-Haus bis ganz nach rechts über, haben den Herrn Minister angefaucht, daß er ganz verdutzt erklärte, die Regierung stehe doch in Stuttgart nicht auf der Anklagebank! Der geschäftliche Leiter des Mosse-Hauses, Dr. Carbe, erklärte unter dem Beifall seiner Unternehmerkollegen: „Hände weg vom Journalistengesetz!“, nachdem er zuvor versichert hatte, Redakteure mit selbständiger politischer Meinung gäbe es in Deutschland kaum zwei Dutzend, und um diese Primadonnen rissen sich die Verleger. Alle übrigen Journalisten sind nach Dr. Carbe die „Elemente von Schere und Kleisterkopf“, für die es keinerlei gesetzliche oder sonstige Sicherungen zu geben braucht. Allenfalls wollen die Verleger, falls sie vom Journalistengesetz verschont bleiben, in Erwägung treten, wie sie freiwillig nach Maßgabe ihrer Kräfte die soziale Sicherung ihrer „redaktionellen Angestellten“ gewährleisten können.

Es ist selbstverständlich, daß der Verband der Redakteure — „Reichsverband der deutschen Presse“ — auf seiner Tagung in Königsberg sich um so nachdrücklicher für die Schaffung des Journalistengesetzes ausgesprochen und auch die Forderung der sozialen Sicherung gegen Alters- und Invaliditätsfolgen „im Rahmen des Journalistengesetzes“ aufgestellt hat, um die künstliche Trennung beider miteinander verknüpften Fragen von vornherein zu verhindern.

Könnte es bisher noch scheinen, als ob es sich bei diesen Dingen um mehr interne Angelegenheiten handle, die zwischen dem geschäftlichen und dem redaktionellen Teil des Zeitungsunternehmens spielen, so tritt die Frage der Öffentlichkeit sofort in den Vordergrund, wenn es richtig ist, daß die Reichsregierung — besonders das Justizministerium — die Absicht hegt, in den Entwurf des Journalistengesetzes strafrechtliche Bestimmungen gegen Redakteure einzuschmuggeln, die, wenn überhaupt, nur Berechtigung im Rahmen des allgemeinen Strafgesetzbuchs oder des Pressegesetzes hätten. Da in Deutschland kein Fortschritt erfolgen kann, ohne daß man ihn mit zwei Rückschritten verbindet, so sind auch in dieser Frage die Leute vom Justizministerium auf die Kateridee verfallen, das journalistische „Herumschnüffeln im Privatleben“ anderer als strafbar zu erklären und diese Strafbarkeit gleich im Journalistengesetz zu „verankern“, das den Dienst des Journalisten am Gemeinwohl betonen und

daher ihren sittlichen und sozialen Interessen dienen soll. Diese Absicht, zwei grundverschiedene Dinge miteinander zu verkoppeln, ist von geradezu diabolischer Bosheit. Denn es ist ganz klar, daß über die Frage der Strafbarkeit der Erörterung persönlicher Dinge im Reichstag noch weniger eine Einigung erzielt werden kann, als über die ändern. Und daß es deshalb ungemein leicht ist, das ganze Gesetz zum Scheitern zu bringen, weil man sich über die verschiedenen Teile nicht hat einigen können.

Dieser Plan des Justizministeriums, über den in Journalistenkreisen allerhand Gerüchte zirkulieren, ist deshalb um so gefährlicher, als den bürgerlichen Journalisten es schon heute so gut wie unmöglich gemacht wird, über den ganzen Fragenkomplex überhaupt ihre Leser zu unterrichten. Eine ganze Reihe von Verlegerverbänden hat ihre Mitglieder angewiesen, auf jeden Fall die Erörterung von Fragen wie der des Journalistengesetzes in ihren Blättern zu verhindern, also jetzt schon einen Einfluß auf die redaktionelle Gestaltung auszuüben, wie er in seiner Willkürlichkeit nur vom Herrenstandpunkt diktiert werden kann.

Mit Erstaunen sieht deshalb der Eingeweihte, daß die Frage der zukünftigen Stellung der „öffentlichen Meinung“ zwar in den Spalten der Fachpresse lebhaft umkämpft wird, daß aber in der großen Tagespresse von ihr fast nirgends die Rede ist. Höchstens, daß sie referierend erwähnt wird. Da es sich aber um Dinge handelt, die nicht nur einen Stand oder Beruf, sondern in hohem Maße das ganze Volk angehen — das dringend die Unabhängigkeit der Presse von unkontrollierbaren Einflüssen fordern muß —, so haben wir es für angezeigt gehalten, im Rahmen dieser Zeitschrift sie zu besprechen. Es ist nötig, daß auch andere Kreise als die zunächst Beteiligten auf die Gefahren aufmerksam werden, die sich im stillen für die gerade in der Republik notwendige Freiheit der Presse, im besten Sinne des Wortes, drohend erheben.

Die Menschheit erstrebt ein gemeinsames politisches Ziel

Von H. G. Wells

Wir entnehmen diesen Absatz der Einleitung zum Schlußkapitel der „Grundlinien der Weltgeschichte“, die im Verlag für Sozialwissenschaft zurzeit in Lieferungen erscheinen und im Herbst d. J. vollständig vorliegen werden.

Niemand glaubt, daß die Bestimmungen des Friedensschlusses von Versailles die Angelegenheiten der Welt für die Dauer geordnet haben. Seine Verträge bestimmten nur das Kriegsende, bedeuteten aber nicht die Errichtung einer neuen Weltordnung. Diese neue Ordnung muß erst geschaffen werden. In sozialer, ökonomischer und internationaler Hinsicht stehen wir erst am Anfang einer großen aufbauenden Bewegung, die viele Jahre währen wird, ehe sie einen dauernden Weltfrieden begründet hat, und Gerechtigkeit auf der Erde herrscht. Die Geschichte des Lebens, die vor unzähligen Millionen Jahren begann, das Erlebnis der Menschheit, das vor einer halben Million Jahren anhub, kommt nun in den ungeheuren Fragen unserer Zeit zu einer Krise. Wir selbst spielen das Drama, du ebensogut wie ich; alles, was uns geschieht, alles, was wir tun — das ist das nächste Kapitel des sich stetig ausbreitenden Weltgeschehens.

Wir haben in unserer Geschichte das fortgesetzte Wachsen der sozialen und politischen Einheiten geschildert, in denen die Menschen sich zusammenschlossen. In der kurzen Periode von zehntausend Jahren haben sich die engbegrenzten Familienbande des Stammes der früh neolithischen Zeit zu den großen geeinten Reichen unserer Zeit erweitert — groß, doch andererseits noch zu klein und zu parteiisch. Dieses Größerwerden der Staaten — eine offenkundig unvollkommene Veränderung — hat eine tiefgehende Umgestaltung ihrer Beschaffenheit bedingt. Zwang und Knechtschaft sind vor dem Gedanken allgemeiner Freiheit gewichen und die Herrschaft, die einst in der Person eines autokratischen Königs zusammengefaßt war, ist nun weit über die Gemeinschaft verteilt worden. Bis die römische Republik sich über ganz Italien ausbreitete, gab es keine größere freie Gemeinschaft als die eines Stadtstaates; alle umfangreicheren Staatsgebilde waren Gemeinschaften des Gehorsams und standen unter einem Monarchen. Die große Republik der Vereinigten Staaten wäre vor dem Vorhandensein der Presse und der Eisenbahn unmöglich gewesen. Der Telegraph, das Telephon, der Aeroplan, der dauernde Fortschritt des Land- und Seeverkehrs erfordern eine noch größere politische Organisation.

Wenn wir diesen Umriss der Geschichte getreu gezeichnet haben, und unsere kurzen Schlußfolgerungen stichhaltig sind, dann steht es fest, daß wir eine riesenhafte Aufgabe der Anpassung an die Bedingungen unserer Zeit vor uns haben. Unsere Kriege, unsere sozialen Konflikte, unsere ungeheuren ökonomischen Nöte, sie alle beweisen die Notwendigkeit dieser Anpassung. Unsere heutige Loyalität, unser Zugehörigkeitsgefühl sind bestenfalls etwas Vorläufiges. Unser wahrer Staat, der Staat, der schon aufdämmt, der Staat, dem jeder Mensch all seine politischen Kräfte zuwenden soll, weil er eine unumgängliche Notwendigkeit ist, muß der Weltbundesstaat sein. Unser wahrer Gott ist nun der Gott aller Menschen. Der Nationalismus als Gott muß ebenso wie alle Stammesgötter verschwinden. Unsere wahre Nationalität ist die ganze Menschheit.

Inwieweit werden die modernen Menschen diese Notwendigkeit begreifen, sich zu ihr bekennen, daran gehen, ihre Ideen zu sichten, ihre Einrichtungen neu zu gestalten und die kommenden Geschlechter zur endlichen Umwandlung der Staatsbürgerschaft in Weltbürgerschaft zu erziehen? Inwieweit werden sie unklar, verstockt und der Gewohnheit und Tradition unterworfen bleiben in diesem Kampf widerstreitender Kräfte, die ihnen Einigkeit oder Elend bringen? Früher oder später muß eine Einigung kommen, oder die Menschheit muß, das ist klar, an ihren eigenen Erfindungen zugrunde gehen. Wir, die wir an die Macht der Vernunft und an den zunehmenden guten Willen der Menschen glauben, weisen die zweite Möglichkeit zurück. Der Weg zur ersten mag allerdings langwierig, tragisch und mühselig sein, ein Martyrium für viele Generationen; es ist jedoch auch denkbar, daß dieser Weg schnell, im Verlauf eines Menschenalters etwa, zurückgelegt wird. Das hängt von Kräften ab, deren Art wir wohl schon einigermaßen begreifen, deren Macht wir aber noch nicht kennen. Ein großer Erziehungsprozeß durch Vorschrift, Belehrung und Erfahrung muß sich vollziehen, doch können wir bis jetzt nicht ermessen, wieviel zu lernen ist, und wie bald das zu Lernende aufgenommen sein wird. Unsere Schätzungen schwanken mit unserer Stimmung; es mag viel länger dauern, als wir hoffen, und viel kürzer, als wir fürchten.

Die entsetzlichen Erfahrungen des großen Krieges haben bewirkt, daß mancher Mensch, der seinerzeit die Politik leicht nahm, sie nun sehr ernst nimmt. Für eine kleine Anzahl von Männern und Frauen ist der Weltfriede höchstes Lebensziel geworden, ein Ziel, dem sie in religiöser Selbstaufopferung nachstreben. Für eine viel größere Gruppe von Menschen ist diese Idee zumindest eine werktätige Ueberzeugung. Viele von

ihnen trachten für dieses Ziel zu arbeiten oder arbeiten schon dafür, mit der Feder oder durch Reden, in Schulen oder durch Bücher, in der weiteren oder engeren Öffentlichkeit. Vielleicht sind im Grunde heute die meisten Menschen geneigt, dieses Ziel zu erstreben; doch ist ihr Streben verwirrt, sie wissen nicht klar, was getan und was verhindert werden muß, damit die menschliche Einigkeit sich festige. Der Glaube an Präsident Wilson, die Hoffnung, die man auf der ganzen Welt in ihn setzte, ehe er zu schwanken und zu versagen begann, waren für die Zukunft der Menschheit außerordentlich bedeutsam. Gegen diesen Trieb zur Einigkeit stehen völlig feindselig andere Beweggründe, haßerfüllte Furcht vor Fremdem und fremden Völkern, Liebe zum vertrauten Althergebrachten, Patriotismus, Rassenvorurteile, Argwohn, Mißtrauen — und die Ansätze zu Bosheit, Schurkerei und Selbstsucht, die in jeder menschlichen Seele vorhanden sind.

Zwei alles überragende Kräfte kämpften bisher, zumeist erfolgreich, in der Seele des einzelnen und im Gemeinwesen gegen die wilden, niedrigen und selbstsüchtigen Triebe, die die Menschen entzweien: Religion und Erziehung. Eng miteinander verwoben, haben Religion und Erziehung die größeren menschlichen Gemeinschaften ermöglicht, deren Wachstum wir in diesem Buche verfolgt haben; sie sind die zusammenfügenden Kräfte des immer weitergreifenden menschlichen Gemeinwirkens gewesen. In den intellektuellen und theologischen Konflikten des neunzehnten Jahrhunderts finden wir die Erklärung für jene sonderbare und außergewöhnliche Trennung von religiösem Unterricht und formaler Erziehung, die für unser Zeitalter kennzeichnend ist. Die Folgen dieser Phase religiösen Gezänks und religiöser Verwirrung haben wir gesehen: die internationale Politik kehrt zurück zu brutalem Nationalismus, die Industrie und das Geschäftsleben zeigen einen rückschrittlichen Zug harter, selbstsüchtiger, unschöpferischer Profitgier. Man durchbrach uralte Schranken, und nun griff eine wahre Entzivilisierung Platz. Wir möchten besonders betonen, daß unserer Ansicht nach die Trennung der religiösen Unterweisung von der organisierten Erziehung notwendigerweise vorübergehend ist, daß die Erziehung in ihrer Tendenz und in ihrem Geist bald wieder religiös werden muß, und daß der Trieb der Hingabe, des der Allgemeinheit Dienens und der völligen Selbstverleugnung, der die gemeinsame grundlegende Kraft aller großen Religionen der letzten fünf und zwanzig Jahrhunderte gewesen ist, ein Trieb, der in den verflorenen zwei oder drei Menschenaltern des Wohlstands, der Lauheit, Ernüchterung und des Zweifels sichtlich abflaute, wieder auftauchen wird, klar und von allen Schlacken befreit, als der anerkannt grundlegende und aufbauende Impuls in der menschlichen Gesellschaft.

Erziehung ist die Vorbereitung des Individuums für das Gemeinwesen, und religiöse Schulung der Kern dieser Vorbereitung. Mit dem großen geistigen Umschwung und der ungeheuren Erweiterung des Wissens im neunzehnten Jahrhundert, verfiel die Erziehung, es entstand Verwirrung, unvermeidlich mußten die Ziele der Erziehung schwinden. Wir können das Individuum nicht mehr für das Gemeinwesen vorbereiten, wenn unsere Vorstellungen vom Gemeinwesen selbst erschüttert und in Gärung begriffen sind. Die alte Loyalität, die alten, zu engbegrenzten politischen und sozialen Ziele, die alten, zu verwickelten religiösen Formeln haben die Macht der Ueberzeugung verloren, und die größeren Ideen eines Weltstaates und wirtschaftlichen Gemeinwohls dringen nur sehr langsam in die Vorstellungswelt der Menschheit ein. Bisher beherrschen sie nur eine kleine Anzahl von Ausnahmismenschen. Aus der Verwirrung und Tragik unserer heutigen Zeit jedoch kann eine moralische und geistige, eine religiöse Wiedergeburt werden, so einfach, so großzügig, daß sie Menschen verschiedener Rasse und Tradition auf einem gemeinsamen und geraden Weg im Dienste der Allgemeinheit führen wird.

Wir können das Ausmaß und die Wirkungskraft einer solchen Wiedergeburt nicht im Vorhinein ermesen, wir können nicht einmal behaupten, daß sie schon begonnen habe. Die Anfänge solcher Bewegungen treten nie deutlich zutage. Große Bewegungen der Menschheitsseele schleichen sich ein wie ein Dieb in der Nacht; dann aber entdeckt man plötzlich, daß sie mächtig geworden sind und die ganze Welt ergreifen. Religiöses Empfinden — befreit von jeglicher Verzerrung und den Händen der Priester völlig entwunden — kann bald durch das Leben wehen gleich einem großen Sturm, alle Türen und Fenster des persönlichen Lebens aufreißen und vieles möglich, ja leicht machen, was in unseren Tagen der Erschöpfung so schwer erscheint, daß wir es kaum zu erhoffen wagen.

Ein Verdi-Roman

Von Arthur Eloesser

Unsere Lyriker machen mir am meisten Sorge. Wenn sich der Schriftsteller überhaupt in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung schwer unterbringen läßt, der Lyriker muß schon recht zugänglich, recht flach, also sehr miserabel sein, um beizeiten den Markt, der ihn nährt, zu finden. Novalis war Bergassessor, Chamisso Kustos am Botanischen Garten, Eichendorff war Richter, Möricke Pfarrer, Liliencron war Schuldensmacher und Richard Dehmel, der als Versicherungsbeamter anfangs, hat uns den Vorwurf hinterlassen, daß er niemals von seinen Schriften leben konnte. Hofmannsthal wurde Librettist von Richard Strauß. Die armen Lyriker haben sich meistens dadurch zu helfen gesucht, daß sie die literarischen Dämme zerrissen, um in Nachbargebiete einzudringen, die sie dabei nicht selten unter Wasser setzten. Paul Heyse hat ein paar respektierte, Emanuel Geibel hat ein paar gefürchtete Stücke zusammengebracht. Es war des so unverzagten Richard Dehmels schwerste Entbehrung, daß er mit seinem dramatischen Temperament, mit seiner fauststarken Männlichkeit doch die Veste des Theaters nicht stürmen konnte. Franz Werfel, unser beständiger Jeremias, hat am zähesten mit der Sprödesten aller Spröden gerungen; er hat ihr geschmeichelt, hat sie vergewaltigt, hat sie sogar durch Gründe zu überzeugen versucht. Alle diese Unternehmungen sind aber doch schließlich imposante Versuche geblieben. Einige Jahre vor dem Kriege hörte ich zum ersten Male die Stimme des Predigers in der Wüste, die an jenem Abend ein eleganter Berliner Kunstsalon war. Das war eine Stimme, die flehend und fluchend sich fortwährend überschlug, das war ein Gesicht, das nur noch als Qual und Verzweiflung, als Verstörung und Drohung existierte, es waren zwei, es waren vier, es waren sechs Arme, die in wildem Aufruhr gegeneinander gestikulierten. Man spürte Erdbeben, das Nahen einer Katastrophe; die Welt stürzte ein, wenn er sie mit seinem Finger berührte. Es ist wieder fast tragisch anzusehen, daß ein Mensch von so viel Lebensstoff und Energie immer nur leuchten kann, indem er sich selbst verbrennt. Und es ist fast ängstlich anzusehen, wenn der geborene Lyriker einmal etwas anderes versucht als die aus dem höchsten Vulkan geschleuderten Glut zu beruhigen.

Das Drama hat seine uralte Verwandtschaft mit der Rhapsodie immerhin noch nicht vergessen, und besonders die deutsche Dramatik fährt auf einem Strom des Lyriismus, von dem sie sich zuweilen verschlingen, oft aber auch, wenn ein Schleusenwerk angebracht war, gewaltig leben ließ. Besteht doch der Faust sehr glücklich und dauerhaft aus einer Reihe von Gedichten. Der Lyriker, der erzählt, muß sich aber viel

mehr vergessen; der Gipfelzug des Dramas wird nicht so leicht überschwemmt wie die breitere und flachere Ebene der Erzählung, auf der der Epiker zwischen Zeiten und Landschaften gemächlich vorwärts schreiten muß. Gelingt es ihm aber, sich zu vergessen, so wird sein Feld leicht von Dürre bedroht. Die ganze lyrisch gestimmte Generation des Expressionismus hat nicht erzählen können. Franz Werfel bringt uns einen Roman Verdi, der sich nebenbei noch Roman der Oper nennt. (Paul Szolnay Verlag). Es ist bezeichnend, daß ein deutscher Dichter, ein deutscher Dichter von besonders ethischem Ingenium sich einen Helden wählt, der mit seinem Volke in völligem Einverständnis lebte, der in seinem Leben kaum einen nachhaltigen Konfliktstoff barg, der eine überlieferte Kunstform verbessert hat, ohne sie selbst je in Frage zu stellen, der durch ein langes patriarchalisches Dasein nie ein Fordernder und Eifernder, sondern ein bis zur Vollendung Reifender und Wachsender gewesen ist. Es ist ferner bezeichnend, daß ein deutscher Dichter von ethischem Ingenium den italienischen Maestro gegen Richard Wagner stellt, gegen den Fordernden, Wollenden, Grollenden, gegen einen, der viel Philosophie, aber Gott sei Dank doch noch viel mehr Musik im Leibe hatte. Der fast siebzigjährige Verdi, in seinem Schaffen unsicher und hinter dem nordischen Koloß fast unsichtbar geworden, wird von Werfel nach Venedig geschickt, damit er sich mit dem auch von seinen jüngeren Landsleuten umschwärmten Magus auseinandersetzt. Verdi will sich dem Großen „stellen“, den er bewundert, bezweifelt und beneidet, ohne gerade von seiner Musik viel zu kennen. Sie treffen sich zweimal irgendwo im Gedränge der in das Netz ihrer Kanäle labyrinthisch verstrickten Zaubersstadt. Richard Wagner, der Werbende, der Buhllende, der „Weibliche“ begegnet irgendeiner noch ununterworfenen Macht, begegnet einem Augenpaar, das ihm aus seiner eigenen Sicherheit trotz, das noch nicht Ja zu ihm gesagt hat. Ich habe mal in Paris einen Schmarren gesehen, der in einer bitteren Winternacht zwei arme verhungerte Maler auf verschneiter Landstraße zusammenbringt. Sie ziehen ihre breitrandigen schwarzen Filzhüte und stellen sich vor als Ruisdael und Rembrandt. In Ehrfurcht und Rührung hielt das Publikum den Atem an. Es ist hier nicht anders, wenn auch die beiden nur mit den Augen sprechen. Da staunt der Leser, der sie gern vorstellen möchte: Herr Guiseppe Verdi, Herr Richard Wagner! Sprecht euch doch aus, ihr Lieben, Guten! — Da der Maestro nach einer durch Krankheit und Wiedergeburt erwirkten innerlichen Reinigung sich endlich zum Besuch im Palazzo Vendramin entschließt, ertönt gerade die Totenklage um den eben nach Walhall entführten Meister. Verdi wurde frei und wieder fruchtbar in den peinigenden Wochen dieser Läuterung; den Lear hat er verbrannt, aber nun schreibt er den Othello, mit dem er seine letzte, ganz klassische Periode eröffnet. Werfel, sein Prophet, wenn er noch einen braucht, gehört wohl auch zu den Deutschen, die über allem schwer werden, auch wenn sie sich für das Leichte, Helle, Tanzende, Schwebende und schon im Strahlen Tönende begeistern. Ein großer Mann muß wohl auch ein guter Mann sein. Der deutsche Dichter schwärmt für das Werk von Verdi und auch für sein Herz. Der Maestro findet nach seiner Läuterung einen jungen, deutschen Fanatiker und Schwindsüchtigen, der vielleicht die nächste Zukunftsmusik macht, und er unterstützt so reichlich wie diskret den Sterbenden mit seiner kleinen Familie. Wenn ein Dichter den Leuten so gern die Börse öffnet, denkt meine gerührte Seele gern des wohlthätigen Unbekannten im Wiener Volksstück: Meinen Namen werdet ihr nie erfahren. Ich bin Kaiser Franz der Zweite. Das aber ist der Fluch der bösen Tat... Wenn Werfel seinen Helden zwischen eine historische und eine erfundene Figur stellt, so mußte eine Fürchterlichkeit die andere gebären. Der historische Roman, wenn er Ueberliefertes und Erfundenes auf der gleichen Ebene hält, hat sich ja immer als eine bastardmäßige Gattung

kompromittiert, und wer Flauberts berühmte Salambo mit aller Aufmachung nicht langweilig findet, der hat kein Recht, seine Madame Bovary zu lieben. Ein historischer Roman, der nicht langweilig ist, der sich mit romantischer Keckheit, vor allem mit der gewissen Sicherheit von Kostüm und Maske zwischen den Kulissen von Landschaften und Kulturen bewegt, wird unvermeidlich zur unschädlichen Lektüre für die reifere Jugend. So ist es dem sehr braven Walter Scott gegangen, und ich habe den verwegenen Renaissancemenschen C. F. Meyer, der so gern mit Gift und Dolch und schönen Verbrechen bis zur Blutschande umging, längst ohne Bedenken in die Bibliothek meiner Kinder überführt. Wie stillos verhält sich hier ein im Lyrischen so strenger Dichter, der im Erzählen abwechselnd geht und stolpert und fliegt und einmal auch ganz im trocknen sitzen bleibt. „Für den Historiker, der die Geschichte dieses Werkes prüfen will, liegt eine durch etwa drei Jahrzehnte laufende Korrespondenz vor, in der diese Oper immer wieder erscheint.“ Ein fürchterlicher Satz und allenfalls statthaft, wenn Werfel sich berichtend wie ein Chronist benommen, wenn er scheinbar überhaupt nicht erfunden hätte. So wie Heinrich von Kleist in seinen großen Novellen als Schlußredakteur einer älteren Ueberlieferung aufzutreten pflegt. Werfel selbst hat in seinem Vorwort schon alle Bedenken gegen seinen Stoff aufgerufen, die ihm schließlich, wie er sagt, durch die helle Begeisterung für die Verdische Musik weggeblasen worden sind. Dann hätte er eine Biographie schreiben sollen, historisch verbürgt und zugleich so warm und im Menschlichen hingegeben, daß sie wie ein Roman wirkt. So etwas gibt es doch.

Was soll der geborene Lyriker machen, der sich selbst fast fragwürdig vorkommen wird, wenn er auch in seinen reiferen Tagen nichts als die kleinen Gedichte macht. Und der auf die Aufführung seiner immerhin interessant erdachten Dramen wartet. Das Drama hat seine Tücken, wie er weiß, aber das Erzählen kann doch nicht so schwer sein. Es ist gewiß nicht schwer oder nicht schwer genug, wenn einer beispieismäßig folgenden Satz schreibt: „Straff stand des Mannes durch nichts berührte Jugendgestalt vor der schwer atmenden Wand des Meeres“. So schreibt Rudolf Herzog vielleicht immer, aber Franz Werfel darf es auch gelegentlich nicht tun, weil er einen Namen einzusetzen hat, der nicht mehr ihm allein, der auch uns schon gehört, der auch außerhalb Deutschlands klingt. Es muß Franz Werfel, vielleicht durch Thomas Mann, gesagt werden, daß die Prosa eine Kunstform ist so gut wie der Vers, und daß der Schriftsteller, der nicht jeden Satz rhythmisch lenkt, und mit der eigenen Handschrift prägt, sich jedesmal einer Stempelhinterziehung schuldig macht. Werfel kannte, wie er sagt, die Schwierigkeiten seines Unternehmens, die nur durch seine leidenschaftliche Schwärmerei für den geliebten Helden weggeblasen werden konnten. Dann hätte er entweder, kühn wie Luise Mühlbach — die doch in jedem historischen Roman steckt —, die Mordszene erwägen müssen, in der sich Verdi und Wagner miteinander messen oder ... Das Unglück ist, daß es hier kein Oder gibt. Der italienische Meister hatte es gar nicht nötig, sich von Werfel nach Venedig schicken zu lassen, um bei Wagner seine Karte abzugeben. Da er sozusagen auch Musiker war, hätte es genügt, wenn er die Partitur des Tristan zu Hause auf seinem schönen Gut Sant' Agata las. Dann allerdings wäre der Roman der Oper viel stiller geworden. Oder, er hätte wohl erst gar nicht angefangen.

WIRTSCHAFTLICHER RUNDBLICK

Zusammenballungen in der Wirtschaftskrise

Stabile Währung und Kapitalkonzentration Die Zahl der Aktiengesellschaften ist in der Inflationszeit auf das Dreifache gestiegen, Einzel-firmen und G.m.b.H.s schossen wie Pilze aus der Erde. Große Gesellschaften oder geschäftstüchtige Personen vermochten ihren Aktionsradius gewaltig auszudehnen. Konzerne bildeten sich und wurden zu Kristallisationspunkten von Geld und Sachwerten. Innerhalb der Konzerne wurden Versuche gemacht, die Produktion horizontal zu vereinigen und dann vertikal zusammenzufassen in hintereinander folgenden Produktionsstufen. Die Zeitspanne, die seit der Stabilisierung verflissen ist, ist zu kurz, um ein Urteil bilden zu lassen, ob die Konzernbildung zum Abschluß gekommen ist oder ob gar eine Rückbildung erfolgt. Das unorganisch Vereinigte wird zweifellos wieder in die Brüche gehen, ja es ist sogar wahrscheinlich, daß auch Industriekonzerne eine Rückbildung erfahren, von deren Festigkeit jeder überzeugt war. Man denke nur an den Konzern des Stahlwerks Becker. Auf der andern Seite birgt auch die Stabilisierungskrise Momente, die der Kapitalkonzentration neue Nahrung geben. Die würgende Geldknappheit und der Kurstiefstand unserer Industriepapiere geben kapitalbesitzenden Personen oder Gruppen die Möglichkeit, Expansionspolitik zu treiben. Dazu ein Beispiel.

Jakob Michael Ein Mann von wenig über dreißig Jahre, hat eine außer-gewöhnlich rasche Karriere gemacht. Er machte in der letzten Zeit öfter von sich reden. Versuchte er doch in das Gehege al-renommiertes Banken einzubrechen. Im Kriege legte er den Grundstock zu seinem Vermögen, indem er aus alten Erzrückständen Wolfram zu gewinnen verstand. Dieses für die Hüttenindustrie im Kriege begehrte Produkt konnte er mit gutem Gewinn absetzen. (Der Aufstieg Michaels wurde in dem Buche „Könige der Inflation“, Verlag für Sozial-wissenschaft, geschildert.) Eine Reihe Firmen der chemischen Industrie vermochte Michael unter seine Kontrolle zu bringen. Als Kontrollgesell-schaft der Industriegesellschaften des Michael-Konzerns wurde die J. Michael Akt.-Ges. für chemische und metallurgische Industrie in Berlin geschaffen. Der Einfluß des Herrn Michael erstreckt sich auch auf das Gebiet der Verkehrsunternehmungen, wo er bei einer Reihe von Klein-, Lokal- und Straßenbahnen Anteile erwerben konnte. Die Mehrheit des Versicherungskonzerns Germania, Stettin, ging in seinen Besitz über. Das Schwergewicht des Konzerns des jungen Michael liegt auf dem Ge-biete der Kreditgewährung. Es müssen riesige Mittel sein, die ihm zur Verfügung stehen, denn anders ist das Ausdehnungsbedürfnis in den letzten Wochen nicht zu erklären. Das Nervenzentrum der Michael-Gruppe auf finanziellem Gebiete liegt bei der Industrie- und Privatbank A.-G., Berlin. Von ihr wurde die Textil-Kredit A.-G., Berlin, ge-gründet, deren Zweck aus dem Namen bereits hervorgeht. Aber auch alte Institute der Kreditvermittlung, namentlich solche des Hypothekar-kredits, gingen in den Besitz von Michael über, so die Hannoversche Boden-Creditbank in Hildesheim, die Mitteldeutsche Boden-Creditbank in Greiz und neuerdings die Deutsche Vereinsbank in Frankfurt a. M. Die letzte gehörte zum Interessenkreis der allmächtigen Deutschen Bank. Daß die Deutsche Bank den Niedergang dieses für den Frankfurter Platz so wichtigen Instituts nicht verhindern konnte und dem jungen Herrn Michael die notwendige Blutauffrischung überließ, ist ein Kapitel besonderer Art, das die gegenwärtige Situation treffend kennzeichnet.

Die Eroberung der Mitteldeutschen Creditbank, Frankfurt a. M., die in der Braunkohlenindustrie einflußreich ist und das bestimmende Aktienpaket der Ilse Bergbau A.-G. in Besitz hat, gelang Herrn Michael nicht. Die von der Mitteldeutschen Creditbank errichtete hohe Barriere in Form von mehrstimmigen Vorzugsaktien verhinderte einen größeren Einfluß. Der schon jetzt bestehende Interessenkreis der Gruppe Michael ist immerhin beachtenswert. Namentlich, wenn man bedenkt, daß ein junger Mann die treibende Kraft bei den in kurzer Zeit erfolgten Transaktionen bildet. Michael kann als ein Beispiel dafür gelten, daß derjenige, welcher Situationen rasch zu erfassen und energisch auszunutzen versteht, obenauf ist. Als im November vorigen Jahres noch wenige von unsern sogenannten Wirtschaftskapazitäten an den Versuch der Währungsstabilisierung durch die Rentenmark glaubten, veräußerte Michael große Teile seines Sachwertbesitzes, um dafür bares Geld einzutauschen. Da die dafür erzielten Preise relativ hoch waren, konnte er ein gutes Geschäft machen. Und als der Kredithunger an den Wurzeln der Wirtschaft nagte, konnte er über flüssige Mittel von beträchtlichem Ausmaß verfügen. Michael war also nicht nur ein Inflations-, sondern in noch höherem Maße ein Stabilisierungsgewinnler. Seine Voraussicht brachte, wie Figura zeigt, gute Erfolge.

RANDBEMERKUNGEN

Oswald Spenglers Entlarvung

Genosse Erich Kuttner übergibt uns den nachstehenden Briefwechsel zur Veröffentlichung. Wir benutzen hierzu mit erwogenem Eifer dieses Heft der „Glocke“, das der sozialistischen Kulturbewegung gewidmet ist. Im besonderen unsere Jugend soll erfahren, daß es sich nicht verlohnt, dieses aufgeblähten Schmutzfinckens Bücher zu kaufen. *Die Red.*

Kuttner, M. d. L.

Berlin SW 68, den 12. Juni 1924
Lindenstr. 3

Herrn

Dr. Oswald Spengler

durch den Verlag Beck (München)

Sehr geehrter Herr Spengler, mit Interesse habe ich Ihr Buch „Neubau des Deutschen Reiches“ gelesen. Auf den ersten Seiten nehmen Sie auf einige Ereignisse Bezug, deren Tatbestand ich gern nachprüfen möchte, die sich aber in der dargestellten Form der historischen Kontrolle entziehen. Auf Seite 9 heißt es:

1. „In Weimar betranken sich die bekanntesten Helden dieses Possenspiels an dem Tage, wo in Versailles unterzeichnet wurde.“

Ich bitte um Angabe der Namen der Herren, die sich am Abend der

Unterzeichnung in Versailles in Weimar betrunken haben.

Ebenda:

2. „Es geschah nicht viel später, daß mit großen Aemtern ausgestattete Führer des Proletariats sich in einer Berliner Schiebervilla mit Nackttänzerinnen betranken, während Arbeiterdeputationen vor der Tür warteten.“

Ich bitte um Angabe, um welche Herren es sich handelt, wer der betreffende Schieber ist, wo sich die Villa befindet und schließlich um das Datum des Ereignisses.

Auf Seite 10:

3. „Inzwischen bekamen die Proletarier Landsitze und reiche Schwiegersöhne, und bürgerliche Hungerleider mit geschäftlicher Begabung wurden plötzlich stumm, wenn im Fraktionszimmer hinter einem eben bekämpften Gesetzantrag der Schatten eines Konzerns sichtbar wurde.“

Bitte um Beantwortung der Fragen: wer mit den Proletariern gemeint ist, die Landsitze (welche?) und reiche Schwiegersöhne (wel-

che?) bekamen; ferner wer die bürgerlichen Politiker sind, die sich, wie angegeben, verhalten haben?

Auf Seite 12:

4. „1922 erhielt ein Gewerkschaftsbeamter eines der höchsten Verwaltungsämter in Preußen mit der Begründung, daß er der letzte seiner Altersklasse sei, der noch keinen Auftrag erhalten habe.“

Ich bitte um nähere Bezeichnung des Vorfalles, namentlich Angabe des Namens des Gewerkschaftsbeamten und des betreffenden Amtes.

Für eine recht baldige Beantwortung meiner Fragen wäre ich Ihnen außerordentlich verbunden. Dabei setze ich voraus, daß Sie als Historiker von Ruf nur solche Quellen mir bezeichnen werden, die einer ernsthaften historischen Forschung genügen.

Ich glaube mich mit Ihnen in der Auffassung einig, daß es natürlich kein Beleg solcher Behauptungen darstellt, wenn einmal Ähnliches in irgendeinem Winkel- oder Hetzblättchen (namentlich in derart allgemeiner Form) gestanden hat.

Ich mache darauf aufmerksam, daß ich auf Ihre Antwort besonderen Wert lege und aus einer Nichtbeantwortung meiner Anfrage den Schluß ziehen müßte, daß Sie zu einer positiven Beantwortung meiner Fragen nicht imstande sind.

Mit vorzüglicher Hochachtung
gez. Erich Kuttner.

Dr. Oswald Spengler
München, Agnesstr. 54

München, den 25. Juni 1924

Sehr geehrter Herr!

Auf Ihren Brief vom 12. Juni, den ich bei meiner Rückkehr von einer Reise hier vorfand, habe ich folgendes zu erwidern:

Ich pflege in meinen politischen Schriften Zustände und Systeme anzugreifen, nicht die mehr oder weniger belanglosen Personen. Infolgedessen habe ich aus meinem Material Fälle herausgegriffen, welche

Zustände beleuchten, ohne Rücksicht auf die Person. Die Zuverlässigkeit meines Materials zu beurteilen, wollen Sie mir überlassen, ebenso die Entscheidung darüber, ob und wann ich Gründe für vorliegend halte, die Namen in diesen und anderen mir bekannten Fällen zu nennen.

Im übrigen weise ich den Versuch zurück, eine Ihnen zusagende Antwort dadurch erzwingen zu wollen, daß Sie die Nichtbeantwortung Ihrer Fragen für gleichbedeutend mit der Unmöglichkeit erklären, Sie beantworten zu können.

Mit vorzüglicher Hochachtung
gez. O. Spengler.

Kuttner, M. d. L.

Berlin SW 68, den 8. Juli 1924
Lindenstr. 3

Herrn

Dr. Oswald Spengler

München

Agnesstr. 54

Sehr geehrter Herr!

Ihr Schreiben vom 25. Juni kann ich nur als einen Versuch werten, einer Beantwortung meiner konkret und präzise gestellten Fragen auszuweichen.

In Ihrer Schrift „Neubau des Deutschen Reiches“ bemerken Sie zu dem zweiten der von mir erwähnten Fälle ausdrücklich: „Das ist kein Zwischenfall, sondern ein Symbol. Das ist der deutsche Parlamentarismus.“

Wenn ein Historiker einen Einzelfall zu der Höhe eines Symbols erhebt, so muß er auch imstande sein, diesen Einzelfall zu beweisen, so muß er auch mit Namen und — Quellenangabe zur Verfügung stehen und darf nicht einem berechtigten Zweifel und dem Wunsche um sachliche Nachprüfung mit der von Ihnen beliebten hochnasigen Bemerkung begegnen, daß man ihm nur die Sorge um die Zuverlässigkeit seiner Quellen überlassen möge. Dazu bin ich um so weniger imstande, als die ersten Kapitel Ihres

Buches geradezu strotzen von tatsächlichen Unwahrheiten. So behaupten Sie z. B. auf Seite 14:

„Aber im Reichstag ging indessen eine andere Polonaise an der Präsenzliste vorüber, wo man durch Eintrag den Anspruch auf Diäten erhielt, um dann wieder seinen Geschäften nachzugehen, und diese Diäten blieben nicht hinter der Mark zurück.“

Dies schreiben Sie, obwohl Ihnen eine einfache Berechnung hätte darlegen können, daß die Reichstagsdiäten tatsächlich genau in dem gleichen Maßstabe wie die Beamtengehälter usw. in der Inflationszeit hinter der Mark zurückgeblieben sind und obwohl Ihnen bekannt sein dürfte und müßte, daß gerade im Reichstag die Verabsäumung einer einzigen namentlichen Abstimmung den Verlust der Diäten für den nach sich zieht, der sie versäumt hat, mag er auch sonst den ganzen Tag anwesend gewesen sein, und obwohl Sie schließlich als Historiker besser wissen als irgendwelcher gewissenlose Agitator, daß die Hauptarbeit der Parlamente in den Kommissionen geleistet wird, und daß in diesen sehr fleißig gearbeitet worden ist, während Sie es so darzustellen belieben, als ob das Gros der Reichstagsabgeordneten außer der für die Einzeichnung und Diätenerlangung erforderlichen Zeit überhaupt keine Mühe und Arbeit auf die Ausübung des Mandats verwendet hätte.

Dies ist nur ein kleines Beispiel für die Unsauberkeit Ihrer Geschichtsschreibung. Aber es lag mir daran, Sie auf Ihren handgreiflichen Lügen zu ertappen, indem ich Ihnen in meinem ersten Brief die Fragen stellte, auf die Sie keine Antwort geben können.

Ich werde nunmehr diese Entlarvung eines Mannes, der immerhin einen wissenschaftlichen Namen zu verteidigen hat, der Öffentlichkeit übergeben.

gez. Erich Kuttner.

Das Versailles der Deutschnationalen

Unter dieser Ueberschrift veröffentlichte die Glocke am 7. Mai 1924:

Die Deutschnationalen haben ihren Wählern versprochen, daß sie Deutschland vom Verträge von Versailles freimachen werden. Sie haben die Mittel, mit denen solche Befreiung erfolgen soll, nicht genau angegeben; aber sie haben reichlich durchblicken lassen, daß auch ein Freiheitskrieg versucht werden könnte. Kaum hat die Körneriade ihre Wirkung getan, so beeilen sich die Deutschnationalen festzustellen, daß sie an Schlachtenabenteuer nie gedacht hätten. Es gäbe auch andere Kräfte, die Versailler Ketten zu zerreißen: die schwarz-weißrote Sammlung, den Bismarckblock, die bürgerliche Regierung mit Rechtskurs.

Denn die Deutschnationalen wollen, so viel steht wohl schon fest, Erfüllungspolitik leisten, sie wollen nicht nur den Vertrag von Versailles anerkennen, sie wollen auch das Sachverständigen-Gutachten, das Helfferich das zweite Versailles genannt hat, annehmen. Dieser Tatbestand kann nicht früh genug festgestellt werden; er enthüllt die eigentliche Absicht der Deutschnationalen und ihres Bismarckblocks: die Zerschlagung der deutschen Demokratie, die Knechtung der breiten Massen, im besonderen der Arbeiterschaft, die Beseitigung der sozialdemokratischen und demokratischen Beamten, die Aenderung der Verfassung, den Angriff auf Preußen und auf den Reichspräsidenten. Die außenpolitische Flagge war eine Korsarenflagge. Angeblich ging es gegen den Vertrag von Versailles, in Wirklichkeit gegen die Verfassung von Weimar. Der Unterschied zwischen der deutschnationalen Außenpolitik und der Außenpolitik der Sozialdemokratie wird nur in der Art der Lastenverteilung bestehen.

Die Deutschnationalen wollen und werden erfüllen, indem sie den breiten Massen das Blut abschröp-

fen; den Weg zur Schlagader des Volkes wollen sie sich durch innere Gewaltmaßnahmen sichern.

Am 14. Mai 1924:

Man darf sagen: Welche Wendung durch die Fügung, die Regierung übernehmen zu können. Aus dem Lindwurm ist ein Regenwurm geworden. Die Nationalen drehen sich und wenden sich; aber sie wollen erfüllen. Sie wollen erfüllen, weil sie wissen, daß keine Regierung auch nur acht Tage zu bestehen vermag, die dem deutschen Volke die Folgen der Nichterfüllung auf den Hals hetzt. Sie wollen erfüllen, weil sie höher als den deklamierenden Widerstand gegen die Erfüllung die Abwälzung des Unvermeidlichen auf die breiten Massen und höher noch die Zertümmerung des Volksstaates, des Parlamentarismus und der Demokratie erachten. Außenpolitisch werden die Nationalen den bisher gesteuerten Kurs weiter steuern; nach innen, dem Volke, den Arbeitern, werden sie die gepanzerte Faust zeigen.

Die Deutschnationalen wollen zur Regierung. Vor den Ministerseßeln steht das kaudinische Joch der Erfüllung. Unter dieses Joch sollen die Nationalen sich stellen. Ob sie hindurchgehen müssen, das wird dann wesentlich von uns abhängen. Eine Neuwahl, die stattfindet, nachdem die Nationalen sich mit der Erfüllungspolitik so kompromittiert haben wie die Sozialdemokratie aus vaterländischen Beweggründen heraus, um der Ganzheit des Staates willen, durch die Ermächtigungsgesetze, durch die Unterschiedlichkeit der Politik gegen Bayern und der gegen Sachsen und viele andere politischen Maßnahmen sich (wenn man so sagen will) kompromittieren mußte, wird zeigen, wie vergänglich der Erfolg einer Wahl war, die damit geschlagen werden sollte, und die sich wiederholen soll an der Frage, wer den, auch durch die Nationalen nachträglich unterschriebenen Versailler Ver-

trag bezahlt. Der entpanzerte Lindwurm, der zum Regenwurm wurde, wird leicht zu zerretzen sein.

Wir wissen, wohinaus die Nationalen wollen. Vor Herrn Poincaré — um es immer wieder zu sagen — würden sie kuschen, und das deutsche Proletariat würden sie regieren, regieren, so wie sie das verstanden haben: Dreiklassenwahlrecht, Gesindeordnung und Getreidezölle. Das muß vereitelt werden. Wenn nun schon die Nationalen erkannt haben, daß Erfüllungspolitik gemacht werden muß, so ziehen wir doch vor, diese Politik selbst zu machen. Wir glauben, daß, wenn die schwarz-weiß-roten Rattenfänger nicht mehr das Lied der Revanche werden blasen können, daß dann die Vernunft und der Selbsterhaltungstrieb des deutschen Volkes sich gegen den Feudalismus der Raubritter angemessen verhalten werden. Und darum: die Nationalen müssen unter das Joch (schon stehen sie halb darunter) und dann muß die Tür zur Regierung vor ihnen zugeschlagen werden.

Am 21. Mai 1924:

Fest muß bleiben: eine Erfüllungspolitik, an der die Deutschnationalen teilnehmen, kann die Zustimmung und das Vertrauen der Sozialdemokratie nicht finden, weil eine solche Erfüllungspolitik sowohl außenpolitisch wie innenpolitisch nur Sabotage sein wird. Die Deutschnationalen müssen gemäß der ihnen durch die Wahlen zugekommenen Bedeutung — nicht vielmehr als ein Fünftel der Volksvertretung — von der Regierung ausgeschaltet bleiben. Wenn sie aber an die vaterländischen Verbände appellieren und putschen sollten, werden die Standgerichte zu arbeiten bekommen.

Heute, mehr als ein Vierteljahr später, haben alle diese Sätze noch ihre volle Richtigkeit. Und auch die Deutschnationalen spielen noch immer das gleiche Spiel. In der Kreuzzeitung erklärt Graf Westarp, daß, wenn die Bedingungen, die

kurz vor London von den Deutschnationalen aufgestellt worden seien, nicht voll und ganz erfüllt werden, die Deutschnationalen sich der gesetzlichen Erledigung des Dawes-Gutachtens mit allen Mitteln widersetzen würden. Zu diesen Bedingungen gehört eine amtliche Widerrufserklärung des Artikels 231 des Versailler Vertrags. Der Professor Hoetzsch erklärt im Reichstag gleichfalls, daß sich seine Partei mit allen Mitteln widersetzen werde, wenn nicht die von ihr aufgestellten Bedingungen — also auch der Widerruf des Artikels 231 erfüllt würden. Schnell aber fügte Hoetzsch hinzu: „Die Deutschnationalen erkennen die Lehre der Geschichte an, daß der Unterlegene sich schweren Opfern nicht entziehen kann“. Wir dürfen wohl feststellen: hier ist die Hintertür. Und wir dürfen wohl hinzufügen, daß wir auch den Weg aus dieser Tür recht deutlich erkennen, wenn Hoetzsch fortfährt: „Die Deutschnationalen haben in dieser Stunde nicht das Vertrauen zu einer Regierung, die auf so schmaler Basis steht“. Um die Erweiterung der Basis und nicht um den Schuldartikel drehen sich die Sorgen der Deutschnationalen. Die Gefahr für das deutsche Volk wächst ins Unerträgliche, ins Unerträglichste. Erfüllungspolitik mit den Deutschnationalen bedeutet Gefährdung der Republik, Unterhöhlung der Demokratie, Schutzzaun für jede Ausbeutung, Prämie für brutale Plünderung der Besitzlosen. Die Sozialdemokratie steht vor der schwersten nachrevolutionären Entscheidung. Schiff und Breitscheid haben diese furchtbare Verantwortung hier zu durchleuchten versucht. Noch scheint die Stunde nicht gekommen zu sein, das letzte Wort zu sprechen. Aber soviel darf wohl schon heute gesagt werden: das deutsche Volk würde begreifen, wenn es, um

der vernichtenden Quittungspolitik der Deutschnationalen sich entziehen zu können, von neuem zur Wahlschlacht aufgerufen wird.

Robert Breuer.

Bayern — treudeutsch

Eine Reihe von bayerischen Banken hat durch die Wirtschaftskrise der letzten Zeit einen erheblichen Knacks gekriegt, und so sind einige von ihnen genötigt gewesen, Berliner Hilfe in Anspruch zu nehmen, so die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank die Disconto-Gesellschaft, und die Bayerische Vereinsbank diejenige des Bankhauses Mendelssohn & Co. Die Nachricht davon bringt die bayerische Presse von der echt bayerischen Farbe unter der Ueberschrift „Ueberfremdung der letzten bayerischen Großbanken“.

Bisher hatte man unter Ueberfremdung den Uebergang des maßgebenden Einflusses auf ein deutsches Unternehmen an ausländische Kapitalisten verstanden, jetzt spricht man von ihr schon, wenn die Bayern genötigt sind, sich von den verdammten Preußen aus der Patsche helfen zu lassen. Wie lange wird es noch dauern, bis die blau-weiße Presse den nördlich des Mains gelegenen Teil Deutschlands kurz, klar und schlicht als den „Feindbund“ bezeichnet? H. K. (H.).

Eine unlösbare Aufgabe!

Im „Völkischen Kurier“, der in München als Fortsetzung des Hilterschen „Völkischen Beobachters“ erscheint, lesen wir folgendes Inserat:

Welcher Völkische, der mit der augenblicklichen politischen Lage innerhalb der deutschen Freiheitsbewegung genau vertraut ist (Stellung der einzelnen Verbände und ihrer Führer zueinander) schreibt gegen gutes

Honorar sofort kurze Broschüre für eine Münchener Verlagsanstalt? Bedingung guter, flüssiger Stil. Eilangebote unter H. L. 1897 an die Anzeigen-Abteilung des „Völkischen Kurier“.

„H. L.“ dürfte doch wohl Hitler-Ludendorff heißen? Die Herren scheinen also selbst den Ueberblick über ihre „Bewegung“ verloren zu haben? Sie brauchen einen Bader der nationalsozialistischen völkischen Organisationen. Aber da diese Bewegung die Eigenschaft der schnellen Veränderlichkeit hat, dürfte ein Handbuch kaum genügen; es müßte wohl schon so eine Art täglicher Kurszettel, auf dem man verfolgt, wie die einzelnen Führer gerade im Kurse stehen, sein Hitler steht augenblicklich unter pari und unter Geschäftsaufsicht; Ludendorff ist immer noch gefragt. — Wer wird wohl das „reisausschreiben des „Völkischen Kurier“ lösen? Wir fürchten, niemand! Denn im Organisationswarr und Führerchaos der Nationalsozialisten „kennt sich keiner mehr aus“! O. W.

Für Herrn Waltraf

Das „Deutsche Tageblatt“, das Berliner Organ Wulles, bringt folgende Notiz:

Negerkolonien Deutschland. Unter dieser Ueberschrift gibt die Presseleitung der Nationalsozialistischen Freiheitspartei (Berlin NW, Reichstag, Zimmer 54E) „Auslandsstimmen zum Sachverständigen-Gutachten“ als Flugschrift heraus. Massenverteilung ist völkische Pflicht. Um eine solche zu ermöglichen, ist der Einzelpreis mit 10 Pf. (einschließlich Porto) berechnet worden. Bei Bestellungen von 100 Flugschriften kostet das Hundert nur 5 Mark (einschl. Porto). Bestellungen unter gleichzeitiger Einsendung des Betrages (auch in Briefmarken gestattet!) an die Presseleitung. Die Berliner Ortsgruppen können die Flugschriften

im Reichstag, Zimmer 54E, abholen.

Es ist möglich, daß die Völkischen, wenn sie unter sich sind, glauben, in einer Negerkolonie zu leben. Es ist auch möglich, daß sie glauben, ihre Mitbürger wie die Sklaven einer Negerkolonie behandeln zu können. Aber daß sie ihre Agitationschriften mit solchen, den deutschen Namen besudelnden Titeln ausgerechnet vom Reichstag aus vertreiben, ist eine unerhörte Frechheit. Wir sehen darin eine gewollte und bewußte Herabwürdigung des Reichsparlaments und hoffen, daß der Reichstag sich gegen einen solchen Mißbrauch zur Wehr setzen wird. Ebensovienig wie der Reichstag als Unterschlupf für kommunistische illegale Organisationszentren dienen darf, ebenso wenig darf er als Schutzdach für die staatsfeindliche antiparlamentarische Agitation der Hitlerianer gebraucht werden, wenn er nicht zur Kaschemme erniedrigt werden soll.

Procurator.

Kleine Wahrheiten

Militärspionage. Die „Deutsche Tageszeitung“ meldet, daß demnächst, nach der Zustimmung der deutschen Regierung, die Militärkontrolle durch die Entente wieder einsetzen wird. Das deutschnationale Blatt überschreibt diese Mitteilung: Wiederaufnahme der Militärspionage. Welche großwahnwitzige Torheit! Ein französischer General, der kürzlich in Paris gefragt wurde, welches Ergebnis er von dieser Kontrolle erwarte, antwortete: einen Fingerhut voll. Die deutschnationalen Narren freilich müssen so tun, als ob es in Deutschland auf dem Gebiet des Militärischen irgend etwas zu spionieren gäbe. Auszukundschaften könnte es doch höchstens geben: womit beschäftigt sich eine Polizeitruppe, die keine eigentlichen Polizeidienste verrichtet, aber auch keinerlei andere Tätigkeit hat, noch haben kann. Kontrolle der deutschen Reichswehr kann bei Offi-

zieren wirklicher Armeen doch nur grenzenloses Gähnen hervorrufen. Das mag bedauerlich sein, ist aber doch nicht zu ändern.

Die Natter. Scheidemanns letzte Reichstagsrede hat die Deutschnationalen vollkommen um den letzten Verstand gebracht. Der kleine, dicke Job Zimmermann zischelt im „Tag“: „Nun spritzt er sein Gift wie eine Natter an heißen Tagen, wie eine Natter, die lange gespart“. Junger Mann, in Naturgeschichte eine dicke Fünfe. Nattern sind giftlos; giftig beißen Ottern. Gegen Natternbiß braucht es keinen Alkohol.

Auch das Neue Testament schilt das Ottergezucht und schont die Nattern. Siehe auch Brockhaus, 1922, S. 344. Woselbst aber die Fischotter vergessen worden ist.

Obleich Scheidemann einen prima Fischotterkragen der Wilhelmshöher Garderobe entnommen hat.

Die Peitsche. Der demokratische Landtagsabgeordnete A. Barteld schrieb im „Berliner Tageblatt“: „Leinert hat dieselbe Weichheit gegenüber der Reaktion an den Tag gelegt, wie es leider der Oberpräsident Noske tut, der, abgesehen von seinem Pressechef, noch keinen Republikaner in das Oberpräsidium gebracht hat“. Wir wissen nicht, ob das, was hier mitgeteilt wird, stimmt, und wir wollen uns darum kein Urteil erlauben. Das aber wissen wir, daß den Nationalen und dem, was dazu gehört, nur mit rücksichtsloser Energie und, wenn es nottut, mit der Peitsche imponiert werden kann. R. Br.

B Ü C H E R S C H A U

*Kaiser — Knock-Out
Graf Pfeil kontra Graf Zedlitz-
Trützschler*

Das vernichtende Urteil des langjährigen kaiserlichen Hofmarschalls Grafen Zedlitz-Trützschler über Wilhelm II. und seine Umgebung („Zwölf Jahre am deutschen Kaiserhof“) ist begreiflicher Weise allen deutschen Monarchisten fürchterlich peinlich gewesen. Denn dieses Buch des Grafen Zedlitz hat im Verein mit den Memoiren des Feldmarschalls Grafen Waldersee für alle Denkenden die letzten Möglichkeiten wilhelminischer Legendenbildung zerstört. Das schließt natürlich nicht aus, daß nach wie vor von Gedankenlosen für Gedankenlose die Versuche einer Glorifizierung des letzten Hohenzollern fortgesetzt werden. Das Treueverhältnis der Monarchisten beruht eben auf Gefühlen, die oft sogar trotz besserer Einsicht konserviert werden.

Ein solcher Mann des Gefühls ist *Hans Graf von Pfeil* und

Klein-Ellguth, der sich auch nicht durch die aussichtsloseste Aussichtslosigkeit abschrecken läßt, für seinen Kaiser das Schwert bzw. die Feder zu zücken. „Mein Kaiser! Der Fall Zedlitz-Trützschler und Wilhelms II. wahres Gesicht“ heißt sein Buch. Der Verfasser hätte zweifellos dem Exkaiser und der monarchistischen Sache besser gedient, wenn er seine Apologie der Öffentlichkeit vorenthalten hätte, denn er selbst (und das gibt dem Buch eine gewisse Bedeutung) beweist, was er widerlegen will; er selbst liefert schlagende Argumente gegen den von ihm vergötterten Exkaiser, gegen seine Umgebung und das monarchische System überhaupt. Alle Schimpfereien Pfeils gegen Zedlitz vermögen die Position des Exkaisers nicht zu verbessern. Graf Zedlitz hat eben doch den Exkaiser während 12 Regierungsjahre aus aller nächster Nähe beobachtet und seine Wahrnehmungen und Gedanken in sein Tagebuch eingetragen. Dieser Mann sagt uns jetzt, daß der letzte

Kaiser zur Lenkung eines großen Staates völlig ungeeignet gewesen sei und daß er nichts war denn ein geschickter Schauspieler, Effekthascher, Pharisäer und rechthaberischer Dilettant, der keinerlei Widerspruch duldete, überdies behaftet war mit einer geradezu krankhaften Eitelkeit und in verhängnisvoller Weise Schmeicheleien zugänglich. Man versteht, daß Graf Pfeil, der die ungeheure Kompetenz des Hofmarschalls nicht erschüttern kann, sich aufs Schimpfen verlegen muß. Graf Pfeil nennt seinen schlesischen „Standesgenossen“ Grafen Zedlitz-Trützschler unfair, ehr- und pflichtvergessen, wirft ihm schamlose Handlungsweise, Vertrauensmißbrauch, Ehrabschneidung usw. vor, setzt ihn sogar mit dem Landesverräter Grafen Oppersdorff in Parallele, ist jedoch nicht imstande, Zedlitz zu widerlegen.

Noch bedenklicher für den Kaiser ist die für uns erheiternde Tatsache, daß Graf Pfeil, dieser „Getreueste der Getreuen“, immer wieder den Kaiser in aller Form preisgibt. So schreibt Graf Pfeil:

„Hätte Wilhelm II. einen Vater wie Friedrich Wilhelm I. besitzen und wäre er erst 10 bis 15 Jahre später zur Regierung gekommen — unbedingt wäre aus ihm einer der bedeutendsten Herrscher geworden!“

„Hätte er wie sein Großvater, vornehm, bescheiden und zurückhaltender, mehr im stillen gearbeitet, hätte er nicht das brennende Interesse der ganzen Welt auf sich gelenkt, noch heute säße er auf dem Thron seiner Väter.“

„Der beste Wille wiegt wohl überreichlich die vielen Mißgriffe, Versehen und Verschuldungen auf.“

„Die Widersprüche und Inkonssequenzen in manchen Handlungen des Kaisers ergeben sich aus der Impulsität seines Wesens.“

„Er war noch nicht geschult genug, den Schmeichler, Streber und selbstsüchtigen Menschen von dem gediegenen, aufrich-

tigen, wahrhaftigen unterscheiden zu können.“

Wir können dem Grafen Pfeil für jedes dieser Worte danken, denn er zerschlägt damit jede Wiederholungsmöglichkeit auch nur einer Diskussion pro Wilhelm. Der „Kronanwalt“ selber plädiert nur für mildernde Umstände...

Graf Pfeil hat offenbar selbst das Gefühl, daß eine summarische Verteidigung des Kaisers, seiner Umgebung und seiner Politik schlechterdings unmöglich ist. So versucht er den Kaiser zu entlasten, indem er die Hofgesellschaft bezichtigt.

„Ein Teil der adligen Hofgesellschaft verzichtete aus selbstsüchtigen Motiven darauf, dem Kaiser die Wahrheit zu sagen und zog es vor, ihn mit Raffinement und Schmeichelei in ihrem Sinne zu bearbeiten.“

„Ein in schwerem Verfall befindlicher Hofadel hatte nicht den Mut, die Ungnade des Kaisers zu wagen und sich aus den Strahlen seiner Sonne in den Schatten zurückzuziehen. Die wenigen, die ihre Manneshre und Manneswürde hochhielten, mußten die Folgen der Sünden tragen, die ihre Standesgenossen selbstsüchtig an dem jungen Kaiser begangen. Wie monumental überragte Bismarck alle diese Schwächlinge und Weichlinge, diese Schmeichler um ihre hohe Stellung, um Orden, Ehren oder sonstige Auszeichnungen angstvoll besorgten Höflinge!“

„Nicht der Kaiser ist anzuklagen, sondern seine Umgebung, die eine Mauer um den Monarchen bildete und nicht allein fürs Vaterland, sondern auch für eigenen Ruhm, für eigene Zwecke und Ziele arbeitete.“

„In einer solchen, von Intrigen, Neid, Mißgunst, Ruhm- und Ehr-

sucht, Macht- und Einflußbegier geschwängerten Luft mußte der junge Kaiser leben!“

Pfeil gibt auch ein Wort des Kommandierenden Generals Herwarth von Bittenfeld wieder, der 1916 über die Eifersucht und Mißgunst der hohen und höchsten militärischen Führer sagte:

„Lieber Graf, glauben Sie mir, nichts ist schlimmer und in seinen Folgen unberechenbarer als der Feldherrn-Neid untereinander! Der Kaiser wird hier oft, vielleicht zu oft, vor schwer zu entscheidenden Fragen stehen!“

Diese Methode Pfeils, alle Schuld auf die Hofgesellschaft zu schieben, ist übrigens ein Bärendienst für den Kaiser. Denn die in Byzantinismus ersterbende Kamarilla war doch offenbar ganz nach dem Geschmack des Exkaisers, sonst hätte er sie wohl nicht 30 Jahre ausgehalten!

Von wahrhaft überwältigender Komik sind die Ausführungen Pfeils über den Exkronprinzen:

„Ich habe selber die Bobsleighbahn besichtigt, auf welcher der deutsche Kronprinz mit Lebensgefahr hinabgesaust ist! Auch als schneidiger, verwegener Reiter hat sich der Thronerbe gezeigt! Ein Mann von solcher Analität (?! Heyses Fremdwörterlexikon kennt dieses Wort nicht!) wie der Kronprinz, ein so schneidiger Sportsmann wird auch seinen Regentenpflichten als Hohenzollernsohn nachzukommen wissen! War Friedrich der Große nicht als junger Mensch ein Flötenbläser?“

Zum guten Glück ist dem deutschen Volk wenigstens dieses „sportliche“ Experiment erspart geblieben!

v. Puttkamer.

Dr. Jadesohn: Das gesamte Arbeitsrecht Deutschlands

(Industrieverlag Spaeth & Linde, Berlin 1923).

Das Buch des Staatsanwaltschaftsrates Dr. Jadesohn ist notwendig und nützlich. Es ist notwendig, weil wir leider eine Kodifizierung des Arbeitsrechtes noch nicht haben, und weil es auch dem Fachmann schwer ist, sich in dem arbeiterrechtlichen Durcheinander von heute zurechtzufinden. Es ist nützlich, weil es, vom Juristen geschrieben, juristisch durchaus haltbar, aber doch auch für den Nichtjuristen, der sich mit dem Arbeitsrecht zu beschäftigen hat, verständlich ist. Die Systematik, an die das Buch, um das gesamte Arbeitsrecht zu bewältigen, angelehnt ist, entspricht der Systematik, wie sie der während der Tagung der Nationalversammlung in Weimar zusammengetretenen Kommission zur Kodifizierung des Arbeitsrechtes vorschwebte. Jadesohn behandelt die Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosenfürsorge, das Arbeitsvertragsrecht, und zwar sowohl Einzelrecht wie Gesamtvertragsrecht, die Arbeitsverfassung unter besonderer Berücksichtigung des Betriebsrätegesetzes, das Arbeitsschutzrecht, die Arbeitsstreitigkeiten, Sozialversicherung, Lohnbesteuerung, das internationale und das ausländische Arbeitsrecht. Er berücksichtigt Literatur, Rechtsprechung und Verwaltungspraxis in äußerst übersichtlichen Anmerkungen.

An einer Stelle ist man als Sozialist anderer Meinung als der Verfasser, nämlich in der Stellung zur Streikfrage. Wenn die Verfassung das Koalitionsrecht gewährleistet, so gewährleistet sie damit das Recht auf den Streik; denn ein Koalitionsrecht ohne Streikrecht ist nicht denkbar. Da der Art. 48 der Reichsverfassung nicht vorsieht, daß das Koalitionsrecht durch Verordnung des Reichspräsidenten aufgehoben werden kann, sind alle Verordnungen, die ein Streikverbot auf Grund des Art. 48 aussprechen, rechtsungültig. Dr. Eckstein, Breslau